

# NACHRICHTEN

## ZUR WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITIK

### INFORMATIONEN UND KOMMENTARE

2 S 21395E

5

Frankfurt, Mai 1971

Einzelpreis 1,- DM

XI. Jahrgang

**A**m 14. und 15. Mai 1971 tritt in Düsseldorf ein außerordentlicher DGB-Kongreß zusammen, um eine neue DGB-Satzung anzunehmen. Die ursprüngliche Initiative für diesen Schritt kam von Vertretern des rechten Flügels in den Gewerkschaften. Unter dem Schlagwort „DGB-Reform“ will dieser Flügel die Umwandlung der Gewerkschaften in Ordnungsfaktoren des spätkapitalistischen Herrschaftssystems beschleunigen. Die einstigen Exponenten dieses Kurses — wie Georg Leber und Kurt Gscheidle — sitzen heute als Minister und Staatssekretär in der SPD/FDP-Bundesregierung und erweisen sich als Gegner gewerkschaftlicher Forderungen.

Der andere, die Mehrheit der Mitglieder repräsentierende Flügel im DGB strebt eine Satzung an, die auf der Basis des DGB-Grundsatzprogramms den Gewerkschaften eine von den Arbeiterinteressen bestimmte Orientierung verleiht und die Gewerkschaften als unabhängige Kampf- und Widerstandsorganisation stärkt.

Alle Abänderungsvorschläge, die zu den unzureichenden Entwürfen des DGB-Bundesvorstandes in den Betrieben und örtlichen Gewerkschaftsorganisationen entwickelt wurden, gingen mehr oder weniger stark von dieser Zielstellung aus. Allerdings steht auf Grund des eingeschränkten Antragsrechtes, wonach die DGB-Kreise von der Antragstellung ausgeschlossen sind, nur ein kleiner Teil dieser Vorschläge zur Abstimmung. Ferner hat die Antragskommission die Mehrheit der Anträge, die eine Verbesserung des Satzungsentwurfes zum Inhalt

haben, aus durchsichtigen Gründen nicht zur Annahme empfohlen.

Wenn auch durch die Diskussion an der Basis die ursprünglichen Ziele einer bürokratischen Zentralisierung der DGB-Spitze, bei gleichzeitigem Abbau der Demokratie in den Gewerkschaften, in dem zur Abstimmung stehenden Entwurf nicht mehr im vollen Umlange enthalten sind, so bleibt doch der Einfluß der „Reformer von rechts“ unverkennbar. Er zeigt sich insbesondere bei den „Aufgaben des DGB“ im Satzungsentwurf, wo beispielsweise das Verfassungsgebot, einen sozialen Rechtsstaat zu verwirklichen, mit der Aufforderung, den nicht existierenden Rechtsstaat „auszubauen“ und zu „sichern“, ignoriert wird. Damit würden die Gewerkschaften fehlorientiert, die notwendige Kampfbereitschaft würde herabgemindert werden.

Die 430 Delegierten tragen im Namen der 6,7 Millionen organisierten Gewerkschaftler bei der Beratung und Beschlußfassung über die neue Satzung eine große Verantwortung. Die Mitglieder erwarten, daß die Delegierten eine Satzung beschließen, die mithilft, die größte Massenorganisation der Arbeiterklasse zu stärken und die Einheitsgewerkschaften zu festigen. Der Inhalt der neuen DGB-Satzung sollte davon bestimmt sein, wie sie die Gewerkschaften befähigen wird, die aktive Lohn- und Gehaltspolitik zu verwirklichen, Mitbestimmungsrechte durchzusetzen, die Macht des Großkapitals zugunsten der Arbeiterklasse zu verändern und eine soziale Ordnung zu schaffen, in der nicht mehr der Profit, sondern der Mensch im Mittelpunkt steht. Diese von den Klasseninteressen bestimmte Zielsetzung der Gewerkschaften erfordert, den „Reformern von rechts“ eine Niederlage zu bereiten.

#### Aus dem Inhalt:

Satzungsentwurf verbessern!	
Zum außerordentlichen DGB-Bundeskongreß	2
„Reformer“ regen sich wieder	
Verstärkte Aktivität vor dem außerordentlichen DGB-Kongreß	3
Für Mai-Kampftag	4
Konzentration der Rechten	
Bilanz nach acht Landtagswahlen	5
Lohnpolitik wird härter	6
Verhandlungen gescheitert	
Zum Lohnkampf in der chemischen Industrie	7
HBV: Konflikt verschärft sich	8
Warnstreik von Textilarbeitern	8
Vorbereitungen bei Metall	
Tarifbewegung im Herbst wirft lange Schatten voraus	9
Beispielhafte IG-Metall-Jugend	
9. Jugendkonferenz fordert Austritt aus der konzertierten Aktion	10
Dürfen Lehrlinge streiken?	11
Antreiberei mit System	
„Syndikat für Arbeitskraftausbeutung“ bei Mannesmann	13
Mehr Rechte für W- und S-Räte!	
Zu einem Mitbestimmungskonzept des DGB	14
Für fortschrittliches BetrVG	15
Altersgrenze unter Beschuß	16
SED und Gewerkschaften	
Zum Verhältnis zwischen beiden Arbeiterorganisationen in der DDR	17
Gibt es systemüberwindende Reformen?	19
Regierung Heath unter Druck	
Interview mit dem britischen Arbeiterführer Bert Ramelson	20
Gewerkschaften mit wachsendem Gewicht	
KPDsU-Parteitag zu den Gewerkschaften	22
Buchbesprechung	
„Arbeiter-Seminar '71“	24

# Der Wechsel

Walter Ulbricht — das ist nicht nur der Name eines bedeutenden Menschen, das ist ebenso ein Begriff für politische Qualität, Kontinuität, Alternative auf deutschem Boden. Für die deutsche Kapitalistenklasse, die Militaristen und alles, was sonst noch reaktionär ist in der Bundesrepublik, ist Walter Ulbricht der „bestgehaßte“ Mann des Jahrhunderts. Für die Arbeiterklasse in der DDR und in der BRD ist Walter Ulbricht Begriff für die gesellschaftliche Alternative zum Kapitalismus, für beharrliches Überwinden jahrhundertalter überlebter kapitalistischer Machtstrukturen, für den Aufbau des ersten Staates der Arbeiter und Bauern, der sozialistischen Ordnung auf deutschem Boden — Begriff für die Verwirklichung zahlloser Forderungen und Ziele hundertjährigen Kampfes der deutschen Arbeiterbewegung.

Walter Ulbricht hat die Führung, die Funktion des Ersten Sekretärs des Zentralkomitees der SED, an Erich Honecker abgegeben. Der Ältere machte dem Jüngeren Platz. Daran ist nichts Besonderes. Und doch verdient dieser Wechsel große Aufmerksamkeit, betrifft er schließlich einen Funktionär der deutschen Arbeiterbewegung, der 60 Jahre lang in ihren Reihen kämpfte und ganz entscheidenden Anteil am sozialistischen Aufbau in der DDR und an der ständig wachsenden Weltgeltung dieses deutschen Staates hat, der den realen Sozialismus verkörpert.

Die zunehmende Ausstrahlung der sozialistischen DDR ist bekannt. Wenn in der DDR — wie erst im Januar wieder — die Preise stetig gesenkt werden, während sie bei uns steigen, wenn dort das Bildungs- und Sozialwesen beispielhaft geordnet ist, die Gewerkschaften über wirksame Mitbestimmung verfügen, Wirtschaftskrisen und Arbeitslosigkeit dank der Entmachtung der Kapitalistenklasse ausgemerzt sind und die Politik konsequent auf die Anerkennung der Realitäten in Europa und die Friedenssicherung gerichtet ist, so ist damit der Name Walter Ulbrichts untrennbar verbunden.

Die bundesdeutschen Monopolherren haben sehr wohl gewußt, warum sie Walter Ulbricht zur Zielperson ihrer täglichen antikommunistischen Hetze machten. Jetzt schießt man sich ohne Verzug auf Erich Honecker ein, den das Politbüro der SED einstimmig zu Ulbrichts Nachfolger wählte. Die westdeutschen Reaktionäre fürchten die politische Kontinuität der DDR, die Erich Honecker verbürgt. Sie fürchten die wachsende Attraktivität des Sozialismus auf deutschem Boden. Es ist sicher, daß neben Honecker auch Ulbricht, als Vorsitzender des Staatsrates der DDR, weiterhin für die Stärkung des Sozialismus wirkt. G. S.

# Satzungsentwurf verbessern!

Antragskommission ignorierte den Mitgliederwillen  
Am 14. und 15. Mai außerordentlicher DGB-Kongreß

Vom 30. März bis 2. April hat sich in Düsseldorf die Antragsberatungskommission zum außerordentlichen Bundeskongreß des DGB (14./15. 5. 71) mit den vorliegenden 250 Anträgen (vgl. NACHRICHTEN 4/71, S. 12) beschäftigt und Empfehlungen für die Delegierten beschlossen. Mit wenigen Ausnahmen hat die Antragskommission die zahlreichen Anträge zur Verbesserung des unzureichenden Satzungsentwurfes einfach ignoriert und im Wesentlichen immer den Entwurf des Bundesvorstandes zur Annahme vorgeschlagen. Viele Gewerkschafter fragen mit Recht, warum erst eine Diskussion in der Mitgliedschaft angeregt wurde, wenn dann die demokratische Willensbildung nahezu unbeachtet bleibt. Die 430 Delegierten sollten sich beim außerordentlichen Bundeskongreß von den Interessen der von ihnen vertretenen Mitglieder leiten lassen und den Satzungsentwurf auf der Basis der vorliegenden Anträge verbessern.

Obwohl acht Anträge im Namen von Millionen organisierten Gewerkschaftern fordern, die im Satzungsentwurf (Paragraph 2, Abs. 1 c und 3 a) enthaltene Aufgabe „Sicherung und Ausbau des sozialen Rechtsstaates“ aufgrund der realen Lage durch „Verwirklichung des sozialen Rechtsstaates“ zu ersetzen, beharrt die Antragskommission auf dem Entwurf des Bundesvorstandes und wischt die Änderungsanträge mit dem Hinweis „erledigt“ einfach unter den Tisch.

Dieser Empfehlung liegt eine völlige Fehleinschätzung der gesellschaftlichen Wirklichkeit in der Bundesrepublik zugrunde. Die Gewerkschaften sollen etwas sichern und ausbauen — den im Artikel 20 und 28 des Grundgesetzes als Aufgabe gestellten sozialen und demokratischen Rechtsstaat — was noch gar nicht vorhanden ist. Sollen die Gewerkschaften etwa die bestehende ungerechte Einkommens- und Vermögensverteilung, die Abhängigkeit von privater Wirtschaftsmacht und die nicht vorhandene Chancengleichheit im Bildungswesen sichern und ausbauen? Indirekt wurde damit ein Votum für die einseitige und überlebte Herrschaftsstruktur in den Händen des Großkapitals abgegeben.

Solange die nach 1945 wiederentstandenen alten Besitz- und Machtverhältnisse nicht beseitigt sind und die Gewerkschaften über keine wirkliche Mitbestimmung verfügen, kann man nicht von einem sozialen und demokratischen Rechtsstaat sprechen. Alle DGB-Kongresse und fast alle Gewerkschaftstage im vergangenen Jahrzehnt haben immer wieder die Verwirklichung des sozialen Rechtsstaates gefordert. Auch der Bundesvorstand des DGB hat in seiner bekanntesten Erklärung vom 22. 10. 1969 an die neue Bundesregierung unter Hinweis auf die „offenkundigen Benachteiligungen der Arbeitnehmer“ verlangt, „daß dem Verfassungsauftrag nach Schaffung eines sozialen Rechtsstaates entsprochen wird“.

Die beantragte Präzisierung der Unabhängigkeit der Gewerkschaften gegenüber dem Staat wird ebenfalls nicht zur Annahme empfohlen. Desgleichen ignoriert die Antragskommission auch die Forderung, die „Stärkung der internationalen Gewerkschaftsbewegung“ nicht nur auf die sogenannten „freien“ Gewerkschaften zu begrenzen. Offensichtlich gibt es Kräfte in der DGB-Spitze, die analog zur Umwandlung der Gewerkschaften in Ordnungsfaktoren des Systems eine Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften der sozialistischen Länder und vor allem den größten Gewerkschaften Frankreichs und Italiens verhindern wollen.

Zu den wenigen positiven Anträgen, die die Antragskommission zur Annahme vorschlägt, gehört ein Antrag vom DGB-Landesbezirk Bayern, wonach der DGB nicht nur die Aufgabe hat, den Parteien und Regierungen in Bund und Ländern über die „gewerkschaftlichen Auffassungen zu unterrichten“, sondern auch „ihnen Forderungen zu unterbreiten“.

Während die Antragskommission ansonsten fast alle Anträge, die der Stärkung des DGB als Kampforganisation dienen sollen, ablehnt bzw. als erledigt bezeichnet, empfiehlt sie Anträge, die eine weitere Integration des DGB in das spätkapitalistische System zum Inhalt haben, zur Annahme. Das wird besonders beim Paragraphen 3 des Entwurfes deutlich, der sich mit dem Geltungsbereich der im DGB vereinigten Gewerkschaften beschäftigt. Die im Satzungsentwurf getroffene realistischere Feststellung, daß sich der Geltungsbereich des DGB auf die „Bundesrepublik Deutschland und das Land Berlin“ erstreckt, soll, entsprechend einem Antrag der IG Metall, dahingehend umgewandelt werden: Berlin sei ein Teil der Bundesrepublik. Mit dieser Satzungsbestimmung würde der DGB den CDU/CSU-Wunschvorstellungen folgen und

auch die von den Alliierten getroffene Feststellung ignorieren, daß Westberlin kein Teil der Bundesrepublik ist.

Als äußerst problematisch muß auch die Empfehlung der Antragskommission gewertet werden, bei Aufnahme neuer Gewerkschaften in den DGB nicht mehr von der Bedingung auszugehen, daß dem Bund für die in Frage kommende „Arbeitnehmergruppe“ nur eine Gewerkschaft angehört. Selbst das im ursprünglichen Entwurf vorgesehene Vetorecht der Gewerkschaft, die für den betreffenden Organisationsbereich bereits Mitglied des DGB ist, soll jetzt wegfallen. Damit würde das Prinzip: „Ein Betrieb — eine Gewerkschaft“ durchlöchert und es könnte möglich werden, daß in einem Betrieb oder einer Verwaltung verschiedene DGB-Gewerkschaften vertreten sind.

Wie bei den Paragraphen 2 und 3 folgt auch in den anderen Satzungsbestimmungen die Antragskommission im allgemeinen nicht den Anträgen und brüskiert damit die zahlreichen Vorschläge zur Ausweitung der Demokratie im DGB. Beispielsweise wird die vielerhobene Forderung, das Antragsrecht für DGB-Kongresse zu erweitern, nicht zur Annahme empfohlen. Nachdem bereits die antragsberechtigten Gremien dies Verlangen aus den DGB-Kreisen und Ortsvorständen der verschiedenen Gewerkschaften nur zum Teil weitergeleitet hatten, soll jetzt die von drei Antragstellern geforderte Ausdehnung des Antragsrechtes für DGB-Kongresse auf Gewerkschaftstage, DGB-Landesbezirks- und DGB-Personengruppenkonferenzen nicht in die Satzung aufgenommen werden. Damit würde der innergewerkschaftlichen Demokratie kein guter Dienst erwiesen und einer eventuellen Manipulierung von oben nach unten ein großer Spielraum gegeben.

Aus zahlreichen Gesprächen, die NACHRICHTEN mit Gewerkschaftsvertretern geführt haben, ging hervor: Von den Delegierten wird erwartet, daß sie auf dem außerordentlichen Kongreß dem Mitgliederwillen entsprechen und die Empfehlungen der Antragskommission einer kritischen Prüfung unterziehen. Wenn der DGB-Landesbezirksvorsitzende von Rheinland-Pfalz, Julius Lehlbach, auf dem letzten ordentlichen DGB-Kongreß erklärte, die Gewerkschaften stehen am Scheidewege, „aktive Widerstandsorganisation“ zu bleiben oder „Ordnungsfaktor mit einem öffentlich-rechtlichen Charakter“ zu werden, dann werden mit der neuen DGB-Satzung Weichen gestellt. Nur eine Gewerkschaftsbewegung, die sich als Kampf- und Widerstandsorganisation versteht, vermag den Interessen der Millionen Lohnabhängigen entsprechen, wird nur ihnen verpflichtet sein und muß stets darauf bedacht sein, die Unabhängigkeit zu wahren. Werner Petschick

# „Reformer“ regen sich wieder

## Verstärkte Aktivität vor dem außerordentlichen DGB-Kongreß Antrag Nr. 239 soll rechten Kräften den Weg bahnen

Unter der Überschrift „Achtung: Reformer von rechts!“ warnten wir in den NACHRICHTEN unmittelbar vor dem 8. DGB-Bundeskongreß im Jahre 1969 vor den Bestrebungen der Kräfte im DGB, die sich in Worten für eine angebliche Stärkung des DGB aussprechen, hintergründig aber unter falscher Flagge dem DGB eine andere Politik aufzwingen wollen. Die Äußerungen des 2. Vorsitzenden der IG Metall, Eugen Loderer, haben sich als völlig zutreffend erwiesen, der darauf verwies, daß diese Leute bei einer zentralen Ausrichtung des DGB ein Weniger an Gewerkschaftsaktivität und ein Minimum an gewerkschaftlichen Aktionen erreichen wollen. Das Ausschalten der Mitgliedschaft der IG Bau-Steine-Erden aus jeder Lohnbewegung schon seit vielen Jahren oder aber die Geheimverhandlungen der IG Bergbau und Energie sind hierfür ein bereiter Ausdruck.

Eine „Reform“ des DGB wird von den rechten, integrationistischen Kräften angestrebt, die den DGB in das herrschende spätkapitalistische System integrieren, d. h. einordnen und die Interessen der Arbeiter und Angestellten den Interessen des Großkapitals und seines Staates unterordnen wollen. Rufen wir uns noch einmal in Erinnerung, daß es der ehemalige Vorsitzende der IG Bau-Steine-Erden, Georg Leber, war, der schon 1959 den Ruf nach einem „starken“ DGB und einer Organisationsreform ergehen ließ. Leber und seine Freunde wollten die Machtbefugnisse des DGB-Bundesvorstandes mit dem Ziel ausbauen, dem DGB eine Politik aufzuzwingen, die dem Willen der Mehrheit wider-

spricht. Nachdem sie nicht durchkamen, versuchten sie über ein neues Grundsatzprogramm ihr Ziel zu erreichen.

Leber unternahm auf dem Gewerkschaftstag der IG Bau-Steine-Erden im Jahre 1963 und auch auf dem in demselben Jahr stattfindenden außerordentlichen DGB-Kongreß große Anstrengungen, um nachzuweisen, daß es angeblich keine Arbeiterklasse und keinen Kapitalismus mehr gäbe. Es handelt sich um denselben Leber, der heute als Minister, getreu seinen damaligen Auffassungen, den Arbeitern, Angestellten und Beamten der Bundespost die paritätische Mitbestimmung verweigert und gegen die ihre Interessen vertretenden Fluglotsen nicht nur disziplinarisch vorgeht, sondern sie auch mit Gangstern vergleicht.

## Nazi-Moral

*Professor Rubin, Mitglied der CDU in Baden-Württemberg und Chei der CSU-Freundeskreise, ist ein armer Irrer.*

*Die beiden Springer-Zeitungen „Bild am Sonntag“ und „Welt am Sonntag“, haben jedoch die Räuberpistole des neonazistischen Professors Rubin, er sei von der „linken“ Baader-Meinhoff-Gruppe gekidnappt, ihren Lesern als großartige Story vorgesetzt und dabei nicht darauf verzichtet, auch den von Rubin selbst fabrizierten „Erpresserbrief“ wörtlich abzudrucken, in der Hoffnung, ängstliche Bürger mit dem linken Schreckgespenst ins Bockshorn jagen zu können.*

*Und daß dies genau am Wahlsonntag in Schleswig-Holstein geschah, macht die Moral der Springer-Blätter deutlich.*

*Hier kann es doch nur die Konsequenz geben: Rubin, der diese politische Gaunerkomödie inszenierte, gehört nicht auf die Universität, sondern ins Irrenhaus, und die Springer-Journaille vor den Staatsanwalt. okulus*

Man erinnert sich noch der Attacken eines Kurt Gscheidle vor und auf dem letzten DGB-Kongreß in München, der nur dann als DGB-Vorsitzender kandidieren wollte, wenn ihm ein Freibrief ausgestellt würde, den DGB nach seinen Vorstellungen zu „reformieren“, d. h. mehr Befugnisse für die DGB-Spitze durchzusetzen und weniger Rechte für die Mitglieder, Ortskartelle, Kreise und Landesbezirke zu gewähren. Die Kreise um Gscheidle, Sperner und Buschmann kamen auf dem letzten Kongreß nicht durch, wobei nicht zu übersehen ist, daß es ihrem aktiven Bemühen gelang, im DGB und zahlreichen Einzelgewerkschaften die rechten Akzente zu verstärken.

Auch auf dem außerordentlichen DGB-Kongreß werden mit der neuen Satzung — wenn auch der Entwurf der Satzungsberatungs- und die Empfehlungen der Antragskommission den objektiven Erfordernissen einer maximalen Stärkung der Gewerkschaftsbewegung nicht gerecht werden — die Blütenträume der „Reformer“ nicht reifen.

Wie nicht anders zu erwarten, verstärken die rechten Kräfte ihre Bemühungen, dennoch zum Ziel zu kom-

men. Die „Deutsche Post“ trommelt in Nr. 8 vom 20. 4. 1971 unter der Überschrift „Sandkastenspiele in Sachen DGB-Reform“ zum Angriff. Zum außerordentlichen DGB-Kongreß wird vermerkt: „Doch jedermann, der glaubt, dort werde der DGB an Haupt und Gliedern reformiert und womöglich in seiner Position als Dachorganisation gegenüber den Einzelgewerkschaften gestärkt, irrt sich gründlich.“ Die Deutsche Postgewerkschaft unterstreicht, daß eine Reform durch eine Satzungsänderung allein nicht erreicht werden kann und zieht den Schluß: „Eine Reform des DGB tut not.“ Auch wenn wir uns die Anträge Nr. 64 und 65 anschauen, die die Gewerkschaft Textil-Bekleidung gestellt hat, insbesondere den Antrag 65, so wird ganz deutlich, wie sehr von Funktionären wie Karl Buschmann versucht wird, die Gewerkschaften in apolitische, nur auf dem engen „spezifischen“ Bereich agierende Dienstleistungsorganisationen umzuwandeln, denen minutiös vorgeschrieben werden soll, was sie zu tun und zu lassen haben. Nach Buschmanns Vorstellungen und Praktiken sollen sie natürlich mehr lassen als tun.

Es ist also damit zu rechnen, daß nach dem außerordentlichen DGB-Kongreß diese Kräfte versuchen werden, im Nachhinein zu erreichen, was ihnen bisher nicht gelang, nämlich die Satzung zu ändern, d. h. die innergewerkschaftliche Demokratie einzuschränken, und auch die Aussagen des DGB-Grundsatzprogramms in ihrem Sinne umzuinterpretieren oder durch neue programmatische Äußerungen zu ersetzen.

Diesem Streben kommt der Antrag 239 des Landesbezirks Niedersachsen/Bremen entgegen, der in seiner ursprünglichen Fassung vorsah, den außerordentlichen Bundeskongreß als „Auftakt für eine permanente Reform“ zu betrachten. Auf Empfehlung der Antragsberatungskommission hat der Antrag jetzt folgenden Wortlaut: „Mit dem außerordentlichen Bundeskongreß des DGB wurde die Reform des DGB eingeleitet. Der Kongreß beauftragt den Bundesvorstand, bis zum 10. ordentlichen Bundeskongreß Vorschläge für weitere organisatorische Reformmaßnahmen und dazu notwendige Satzungsänderungen zu entwickeln. Auf diesem Gebiet eingeleitete Maßnahmen sind fortzusetzen.“

Man stelle sich das einmal vor: Auf einem DGB-Kongreß wird über eine neue Satzung diskutiert. Der Kongreß entschließt sich, speziell dafür einen außerordentlichen Kongreß einzuberufen; dort wird eine neue Satzung verabschiedet und zugleich beschlossen, diese Satzung wiederum zu überarbeiten! Es wird höchste Zeit, daß der DGB von der Organisationseuphorie der rechten Gleichschalter geheilt wird und Zeit findet, die anstehenden Aufgaben im Interesse seiner Mitglieder mit aller Kraft zu verwirklichen.

Heinz Schäfer

## Für Mai-Kampftag

**Demonstrationen in mehreren großen Städten der BRD „Veranstaltungen im Saal“ fanden wenig Anklang**

Gewerkschaften seien kein „bloßes Korrektivorgan oder Ordnungsfaktor des kapitalistischen Systems“, sondern „... Kampfverband für eine gerechtere Gesellschaft. Das soll und muß an diesem 1. Mai erneut mit aller Deutlichkeit unterstrichen werden“, diese Worte setzte der DGB-Vorsitzende Vetter an den Schluß seines 1.-Mai-Artikels in der „Welt der Arbeit“. Die Gewerkschaften als „Kampfverband“ — das wurde allerdings nur da deutlich, wo die sozialdemokratischen, kommunistischen und partellosen Gewerkschafter gemeinsam auf Mai-Demonstrationen und Kundgebungen gewerkschaftlichen Kampfwillen zum Ausdruck brachten.

Zwei bemerkenswerte Feststellungen können an diesem 1. Mai getroffen werden: Einmal die zahlreichen, vielfach gegen den Willen einer bestimmten Gewerkschaftsbürokratie durchgeführten Kampfdemonstrationen und weiter die überaus hohe Beteiligung junger Arbeiter und Lehrlinge, die mit ihren roten Fahnen und Transparenten den Maiaufmärschen und Kundgebungen auch nach außen einen Klassenkampfcharakter verliehen. Die Aktivität der Arbeiter und Angestellten, die in ihren Gewerkschaften vor allem die Kampforganisation, von der Vetter sprach, sehen wollen, ist zweifellos ein Zeichen des wachsenden Klassenbewußtseins.

So war es im Ruhrgebiet, wo in Essen nach dreijähriger Pause wieder 2000 Bergarbeiter in einem Demonstrationenzug mit der Losung „Vereint sind wir stark“ durch Essen marschierten, oder in Dortmund, wo 15 000 Hüttenarbeiter in drei Marschsäulen von ihren Betrieben, der Westfalenhütte, der Hörder und der Unionshütte, zur Maidkundgebung im Westfalenpark zogen. Auch in Duisburg demonstrierten Tausende von Arbeitern und Angestellten unter roten Fahnen durch die Arbeiterbezirke. Auf Transparenten trugen sie ihre Losungen voran: „Kampf den Feinden der Demokratie!“, „Nein zur Spaltung der Arbeitnehmer“. Weitere Forderungen waren: „Gegen den Preis- und Mietwucher“ und „Für höhere Löhne und Sicherung der Arbeitsplätze“.

In Hamburg waren es die Hafenarbeiter, die sich nicht damit zufrieden gaben, in diesem Jahr darauf zu verzichten, gewerkschaftliche Forderungen in der Öffentlichkeit zu diskutieren, nachdem der DGB seine Mai-Veranstaltungen in den Saal verlegt hatte. Aufgerufen vom Gesamtbetriebsrat demonstrierten sie, unter Kampflösungen wie: „Für ein fortschrittliches Betriebsverfassungsgesetz“, „Für paritätische Mitbestimmung“, „Für die Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau“, vom Hafen zur Ernst-Merck-Halle. Die wie ein „Frühlingsfest“ angelegte Mai-Kundgebung des DGB wurde von den vielen jungen Arbeitern, die am Demonstrationenzug teilgenommen hatten, zu einer dem 1. Mai als Kampftag der internationa-

len Arbeiterklasse angemessenen Veranstaltung umfunktioniert: Ihre Kampflieder überböteten die „Schunkelwalzer“ der Polizeikapelle, die schließlich kapitulieren mußte.

In Bremen wurden mehr als 3000 Jugendliche in dem mehrere Kilometer langen Demonstrationenzug gezählt, die insbesondere freie politische und gewerkschaftliche Betätigung im Betrieb, Kontrolle der Ausbildung, Streikrecht für Lehrlinge und ein einheitliches Lehrlingsgehalt von 500 Mark forderten. Im Zeichen internationaler Solidarität stand die DGB-Maikundgebung in Frankfurt. Die Demonstranten trugen in deutscher, italienischer, griechischer und spanischer Sprache Transparente, die die Beendigung des Indochinakrieges, die Freilassung von Angela Davis forderten und zum gemeinsamen Kampf gegen die faschistischen Regime aufriefen. Auch in Köln war in diesem Jahr die Beteiligung der Arbeiter aus Griechenland, Italien, Spanien und der Türkei besonders groß. Dort fand am Abend eine internationale sozialistische Kundgebung mit der DKP, den kommunistischen Parteien Italiens und Spaniens, den griechischen sozialistischen Untergrundparteien sowie der europäischen Föderation türkischer Sozialisten statt, die zu einer machtvollen Kundgebung für die Solidarität der europäischen Arbeiter im Kampf gegen den Imperialismus wurde.

Neben der Demonstration gewerkschaftlicher Kampfvereitschaft gab es manche DGB-Veranstaltung, wo der Versuch gemacht wurde, Klassenharmonie zu verbreiten, statt die Gewerkschafter zum Widerstand gegen die Macht des Großkapitals aufzurufen. In vielen Fällen machten die Gewerkschafter, die ihre Organisation als Kampforganisation, allein den Interessen der Arbeiterschaft verpflichtet, verstehen wollen, ihre Ablehnung deutlich, was dann manchen Redner veranlaßte, seine Maiansprache entsprechend umzuformulieren. Es kann aber doch festgestellt werden, daß die Maidredner, besonders auf den großen Veranstaltungen, Formulierungen fanden, die der gewerkschaftspolitischen Situation und der Kampfbereitschaft der Gewerkschaftsmitglieder in der Bundesrepublik angemessen waren. sr

# Konzentration der Rechten

**Acht Landtagswahlen bestätigen: SPD muß ihre Politik konsequent auf Zurückdrängung des Rechtskartells richten**

In Schleswig-Holstein hat die CDU die absolute Mehrheit erreicht — die Erwartung der Sozialdemokraten, einen Wahlsieg zu erringen, hat sich nicht realisiert. Wer aber nüchtern genug war, in Schleswig-Holstein die reaktionär-konservativen Kräfte richtig einzuschätzen, konnte vom Wahlergebnis nicht überrascht sein.

Wie Wilhelm Dröscher in Rheinland-Pfalz, hat auch Jochen Steffen in Schleswig-Holstein gezeigt, daß allein mit einer „linken“ sozialdemokratischen Position Wahlerfolge erreicht werden können. Die SPD in Schleswig-Holstein gewann gegenüber den vorigen Landtagswahlen immerhin 1,8 Prozent an Stimmen, und das angesichts der Diffamierungskampagne der in Schleswig-Holstein vorherrschenden Springer-Presse. Bemerkenswert ist weiter, daß in den drei größten Städten des Landes — Kiel, Lübeck und Flensburg — die SPD die CDU schlagen konnte und Steffen im Wahlkreis Kiel-Ost mit 60 Prozent der Stimmen einen Wahlerfolg erzielte, den die CDU in keinem Wahlkreis erreichen konnte.

Mit der Wahl in Schleswig-Holstein haben seit der Bundestagswahl in acht Landtagswahlen mehr als vier Fünftel aller wahlberechtigten Bürger in der Bundesrepublik ihre Stimme abgegeben. Die Tatsache, daß mit der vorläufig letzten Wahl in Schleswig-Holstein die Regierung Brandt/Scheel ungefähr die „Halbzeit“ ihrer Regierungstätigkeit erreicht hat, erlaubt eine Bilanz zu ziehen. Das Resultat der Landtagswahlen hat ergeben, daß im Vergleich zur Bundestagswahl 1969 die Regierungsparteien 0,3 Prozent an Stimmen verloren haben, während die CDU/CSU 2,2 Prozent dazugewinnen konnte.

Alarmierend ist die Feststellung, daß bei allen acht Landtagswahlen die Stimmengewinne der CDU/CSU fast deckungsgleich sind mit den Stimmenverlusten der neonazistischen NPD, d. h., auf der Rechten bildet sich eine Konzentration der reaktionären Kräfte, die von der neonazistischen „Aktion Widerstand“ über Strauß bis zu Dregger, Kiesinger und Barzel reicht. Ohne den Aufbau einer linken Gegenmacht, ohne den gemeinsamen Kampf aller Sozialisten und Demokraten, kann dieser reaktionäre Rechtsblock nicht gesprengt werden.

Wenn die SPD weiter auf einen konsequenten Kampf gegen die CDU/CSU und das Rechtskartell verzichtet, wenn sie weiter auf ihrer antikomunistischen Position verharrt, wird die sozialdemokratische Regierung in der Bundesrepublik nur eine kurze Episode bleiben. Es scheint aber, als wenn

in der Sozialdemokratischen Partei sich Kräfte regen, die gegen den Kurs des Parteivorstandes und der sozialdemokratischen Minister aufbegehren. So fordert der Bundestagsabgeordnete und SPD-Vorsitzende in Frankfurt, Zander, daß die Partei die versprochenen Reformen endlich realisieren solle, und der sich zum linken Flügel der Partei zählende Oberbürgermei-

## Mieten steigen wieder stärker

Von „Sozialwohnung“ kann kaum noch die Rede sein

Das Jahr 1971 wird für Allbauwohnungen einen höheren Mietanstieg bringen als das Vorjahr. Zu diesem Ergebnis führte eine Untersuchung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW). Dagegen rechnet das Institut bei den Neubauten mit einem 8- bis 9-prozentigen Anstieg der Durchschnittsmieten gegenüber 10 bis 15

nungsbau heraufgesetzt. So in Nordrhein-Westfalen um 0,30 DM auf 3,50 DM pro Quadratmeter. Seit mehr als einem Jahr hat die Bundesregierung Maßnahmen angekündigt, um die Lage der Mieter zu verbessern. Für den Mieter ist bisher, abgesehen von einer teilweisen Verbesserung des Wohngeldrechtes, nichts geschehen.

Das geplante Gesetz zur Verbesserung des Mieter-Kündigungsschutzes in Ballungsräumen und allen Stadt- und Landkreisen, in denen der Wohnungsfehlbestand mehr als 2 Prozent beträgt, kann Mietsteigerungen nicht unterbinden, sondern eher legalisieren. Würde in der Fassung des Gesetzentwurfes den Vermietern ausdrücklich das Recht zur Änderungskündigung zugesprochen, um eine „marktgerechte Verzinsung des Eigenkapitals“ durchzusetzen, so ist diese Bestimmung vom Bonner Wohnungsbauministerium jetzt dahingehend „verbessert“ worden, daß eine Änderungskündigung erfolgen kann, um eine „marktgerechte Vergleichsmiete“ zu erzielen.

## Besser informiert durch NACHRICHTEN

Prozent im Vorjahr. Das Bonner Städtebauinstitut hat bei Neubau-Sozialmieten eine Erhöhung bis zu 87 Pfennig pro Quadratmeter angekündigt. Damit würde sich eine „Sozial“-Wohnung mit 50 Quadratmeter Wohnfläche um bis zu 43,50 DM pro Monat verteuern.

Zu diesem neuen Mietanstieg haben die Länderregierungen selbst den Anlaß gegeben. In allen Bundesländern (mit Ausnahme von Bremen) wurden die Mietobergrenzen im sozialen Woh-

Die „marktgerechte Vergleichsmiete“ aber hat seit fast zehn Jahren, seit CDU-Minister Lücke das soziale Mietrecht demontierte, in der Bundesrepublik eine steigende Tendenz. Mit der „Verbesserung“ des Kündigungsschutzes wird den großen Hausbesitzern ausdrücklich das „Recht“ gegeben, die Mietschraube immer weiter zu drehen. Wo bleibt da die soziale Sicherheit der 40 Millionen, die zur Miete wohnen?

pp

# Lohnpolitik wird härter

## Aktive Lohnpolitik heute notwendiger denn je Lohnabschluß der IG Bergbau ein Schlag in den Rücken

Die Unternehmerverbände haben geschworen, in diesem Jahr den gewerkschaftlichen Lohnforderungen härtesten Widerstand entgegenzusetzen. Und dieser Schwur muß ernst genommen werden. Die Chemieindustriellen haben angekündigt, daß sie bereit sind, zum Mittel der Aussperrung zu greifen, und ihr 5-Prozent-Angebot in den Tarifgebieten Nordrhein und Hessen kann man nur als provokatorisch bezeichnen, weil es in Wirklichkeit kein Angebot, sondern eine Brücklerung der Gewerkschaften ist.

Um die Gewerkschaften zu zwingen, sich den von den Unternehmern gebilligten Lohnleitlinien der Bundesregierung unterzuordnen, eröffneten die Unternehmerverbände, assistiert von der Bundesregierung, eine regelrechte Kampagne, um mit allen Mitteln der Demagogie Verwirrung in die Reihen der Arbeiter und Angeestellten zu tragen. Alle alten Kalauer werden serviert, um zu „beweisen“, daß die Verwirklichung der Forderungen aus den Betrieben und Gewerkschaften zu einer Katastrophe führen müßte. Dreist wird behauptet, daß Lohnerhöhungen zur Krise führen, zur Inflation und zur Arbeitslosigkeit. Bundesregierung und Unternehmerverbände versuchen auf verschiedene Weise, von sanften Tönen bis zur brutalen Drohung, die Gewerkschaften zum „Maßhalten“ zu bewegen.

Auf die ganz sanfte Tour versucht es Bundeskanzler Brandt: In einem Brief an den DGB-Vorsitzenden Vetter schrieb er: „Es entspricht nicht meiner Auffassung, die gewerkschaftlichen Lohnforderungen einseitig als Quelle der Preissteigerungen zu bezeichnen.“

Auf den ersten Blick sieht das recht konziliant aus. Wenn man jedoch tiefer bohrt, kommt heraus, daß die Lohnforderungen doch schuld seien an der raschen Geldentwertung, wenn auch nicht „einseitig“. Aber das ist grundfalsch. Steigende Löhne und Gehälter führen zwar zu sinkenden Profiten, und das sollen sie ja auch, aber niemals zu steigenden Preisen. Ursachen der inflationären Entwicklung sind vor allem die monopolistische Struktur der Wirtschaft, die es ermöglicht, alle Kosten auf die Verbraucher abzuwälzen, und die Überforderung des Sozialprodukts durch eine expansive Politik, die zu einer wachsenden Staatsverschuldung, einer wachsenden Schuld der Bundesregierung bei der Bundesbank und nicht zuletzt zu einem chronischen Exportüberschuß führt.

Es ist doch ein Märchen für Leichtgläubige zu behaupten, daß die Kapitalisten ihre Preise nach den Löhnen richten. Sie nehmen stets, was sie bekommen können. Würden die Arbeiter und Angestellten auf Lohn-

erhöhungen verzichten, so würden die Unternehmer kaltlächelnd diesen zusätzlichen Profit einstecken. Krisen liegen nicht in Lohnerhöhungen begründet, sondern im Kapitalismus, dessen innere Widersprüche, dessen Anarchie in der Produktion periodisch zu wirtschaftlichen Erschütterungen führt. Wer Krisen verhindern will, der muß den Kapitalismus beseitigen.

Auf der Hannover-Messe setzte Bundeswirtschaftsminister Prof. Schiller, ganz nach Erhardschem Vorbild, die Seelenmassage der letzten Monate fort, wobei auffällig ist, daß er den Begriff „soziale Symmetrie“ nicht mehr in den Mund nimmt. Schiller forderte einen „Stabilitätspakt“ zwischen Unternehmerverbänden und Gewerkschaften, „bei dem beide Seiten Zugeständnisse machen und alle gewinnen“.

Wie sollen die beiderseitigen Zugeständnisse aussehen? Die Arbeiter und Angestellten sollen darauf verzichten, höhere Löhne und Gehälter als die von der Regierung propagierten durchzusetzen und die Unternehmer sollen darauf verzichten, höhere Löhne und Gehälter zu zahlen. Die Unternehmer werden sich darum reißen, eine solche Verpflichtung einzugehen, denn der Gewinn ist hier ganz einseitig, und zwar allein zu ihren Gunsten.

Das Gefährlichste an der hannoverschen Rede Schillers ist jedoch etwas ganz anderes. Er erklärte, daß er den „entfesselten Kampf“ der Gruppen um die Einkommensverteilung als „Fehlentwicklung“ ansehe. Wenn Schiller die aktive Lohnpolitik der Gewerkschaften als „Fehlentwicklung“ betrachtet, so drängt sich der Schluß auf, daß er, wenn die Gewerkschaften nicht bereit sind, sich seinen Lohnleitlinien unterzuordnen, die Tarifautonomie angreifen und — wie der Vorsitzende der IG Druck und Papier, Mahlein, befürchtet — die Gewerkschaften „legal“ entmachten könnte.

Die Unternehmerverbände preisen auf allen ihren Tagungen der letzten Zeit verstärkt die „segensreiche“ Funktion des Profits. Auf den Bayerischen Unternehmertagen erklärte

der Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Otto A. Friedrich, daß es gelte, „die unternehmerische Position in der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung auch im politischen Raum zu verteidigen“. Dazu gehöre, daß die Unternehmer „endlich das Tabu des viel verschrienen Gewinns brechen“. Der Vorstandsvorsitzende der Mannesmann AG, Dr. Overbeck, erklärte zur Eröffnung der Hannover-Messe zum Gewinn: „Müssen wir ihn als Profit, als kapitalistischen Sündenfall verächtlich machen lassen?“

Wir sehen, wie die Unternehmer versuchen, aus der Defensive wieder in die Offensive zu kommen, wie sie die Gewerkschaften daran hindern wollen, unter Hinweis auf die hohen Profite ihre Lohnforderungen zu begründen. Wenn sie den Profit und damit ihre Macht verteidigen, so ist das nicht weiter verwunderlich. Aber was soll man davon halten, wenn der Leiter des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts des DGB, Dr. Markmann, auf einem Unternehmerforum ausführte: „Profit... ist für uns kein Schrecken und keine Sache, die unbedingt unterbunden werden müßte.“

Markmann meint, daß es nicht Aufgabe der Gewerkschaften sein könne, „die Kuh, die sie auch weiterhin noch kräftig zu melken gedanken, vorher abzuschlachten“. Er stellte die Dinge einfach auf den Kopf. Wer melkt denn wen? Die Arbeiter die Kapitalisten? Oder ist es nicht umgekehrt, daß die Unternehmer sich auf Kosten der Arbeiter maßlos bereichern?

We: mitten in einer schwierigen Lohnbewegung als Leiter eines Instituts, das mit seiner Arbeit dazu beitragen soll, die Interessen der Gewerkschafter zu vertreten, solch krauses Zeug von sich gibt, hilft mit, die Arbeiter zu entlawnen. Wohin das führt, zeigten bereits die Tarifabschlüsse der IG Bau-Steine-Erden sowie der IG Bergbau und Energie, die mit Tarifierhöhungen von 7,9 bzw. 7,3 Prozent gröllich gegen die Interessen ihrer Mitglieder verstoßen, denn mit diesen Lohnerhöhungen werden gerade die Inflationsraten der letzten Monate aufgefangen.

Noch schlimmer ist, daß in beiden Gewerkschaften die innerorganisatorische Demokratie mit Füßen getreten und die Mitgliedschaft von der Meinungsbildung und Beschlussfassung völlig ausgeschlossen wird. In wochenlangen Geheimverhandlungen wurde hinter dem Rücken der Bergarbeiter ein Abkommen mit einem unhorsprechenden Ergebnis ausgehandelt, das die „Frankfurter Allgemeine“ vornehm als „maßvoll“ umschreibt. Im „Handelsblatt“ wird offen ausgesprochen, daß diese neue Tarifvereinbarung nicht nur dazu dienen sollte, die Bergarbeiter um ihre berechtigten Forderungen zu bringen, sondern zugleich auch dazu, andere Gewerkschaften, die

# Verhandlungen gescheitert

## Chemie: 5-Prozent-Angebot der Unternehmer eine Provokation Kampfmaßnahmen für volle Durchsetzung der Forderungen

Die IG Chemie-Papier-Keramik hat die Tarifverhandlungen für die 190 000 in der chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Angestellten in Nordrhein am 27. April 1971 für gescheitert erklärt. Die Hauptgründe des Scheiterns sind das provokative Unternehmerangebot von 5 Prozent statt der verlangten Lohn- und Gehaltserhöhung von 12 Prozent sowie die Weigerung der Unternehmer, über die Tarifierung eines 13. Monatsgehalts zu verhandeln.

Am 5. Mai haben die Verhandlungen der Landesschlichtungsstelle begonnen; falls diese ebenfalls scheitern, setzt automatisch die Bundesschlicht-

tung ein. Die IG Chemie wird ihrer Aufgabe als Interessenvertretung der Arbeiter und Angestellten jedoch nur dann gerecht, wenn sie für die Durchsetzung ihrer Forderungen den Kampf aufnimmt.

Außer in den Tarifbezirken Hessen und Rheinland-Pfalz, in denen ebenfalls wie in Nordrhein ab 1. April ein tarifloser Zustand herrscht, sind inzwischen auch die Verträge für Westfalen, Schleswig-Holstein, Westberlin, Baden-Württemberg und Bayern gekündigt worden. Die geforderten

nicht bereit sind, sich den Schillerschen Orientierungsdaten unterzuordnen, zu disziplinieren.

Im „Handelsblatt“ heißt es, daß der Bergbautarif „einen Beitrag zur Normalisierung der allgemeinen tariflichen Entwicklung“ liefern soll. Und dann stellt sich der Vorsitzende der IG Bergbau und Energie, Adolf Schmidt, hin und sagt: „Ich möchte nicht in der Haut der Unternehmer stecken, die dafür das Geld zu besorgen haben.“ Die Haut der Bergarbeiter interessiert ihn offenbar weniger, denn sonst könnte er nicht solche Ungereimtheiten von sich geben. Es sind doch die Kumpel, die das Geld erarbeiten und nur einen Bruchteil des von ihnen geschaffenen Wertes in Form des Lohnes zurückerhalten.

Die Lohnbewegung 1971 zeigt, wie wir an dieser Stelle schon des öfteren feststellten, daß es in diesem Jahr schwieriger werden wird, die berechtigten gewerkschaftlichen Forderungen durchzusetzen. Der DGB hat sich in seiner Zielprojektion die Aufgabe gestellt, die Löhne um mindestens 10,4 Prozent zu erhöhen. Angesichts der schnellen Geldentwertung ist die in vielen Betrieben und Gewerkschaften entwickelte Forderung nach einer 15-prozentigen Lohnerhöhung vollauf gerechtfertigt. Es wäre gerade in der gegenwärtigen konjunkturellen Situation völlig falsch, die Forderungen nach unten zu korrigieren. Angesichts der sich abzeichnenden Überproduktion ist es erforderlich, die zahlungsfähige Nachfrage der Arbeiterklasse zu erhöhen.

Die berechtigten Forderungen können nur durchgesetzt werden, wenn alle Mitglieder der Gewerkschaften, alle Arbeiter und Angestellten, in alle Phasen der Lohnbewegung mit eingeschaltet werden. Gerade jetzt ist es wichtig, die Prinzipien einer aktiven Lohnpolitik zu beachten und zu praktizieren.  
H. Sch.

## NACHRICHTEN für den aktiven Gewerkschafter

Lohn- und Gehaltserhöhungen betragen in den genannten Bezirken im Durchschnitt 12 Prozent, wobei für die unteren Lohn- und Gehaltsgruppen überdurchschnittliche Anhebungen verlangt werden. Ferner fordert die IG Chemie eine Erhöhung der Ausbildungsvergütungen, z. B. in Westfalen von 400 DM im ersten, gestaffelt bis 630 DM im vierten Lehrjahr.

Im Tarifbezirk Rheinland-Pfalz, wo am 5. Mai Lohnverhandlungen für rund 90 000 Beschäftigte stattfanden, boten die Unternehmer lediglich 5 Prozent an. Daraufhin erklärte die Verhandlungskommission der IG Chemie die Gespräche für gescheitert. Bezirksleiter Hans Schweitzer sprach dabei von einer durch die Unternehmer „aufgezwungenen Auseinandersetzung“, auf die sich die Gewerkschaft einstellen müsse.

Der Arbeitsring der Chemischen Industrie, der zu allen bezirklichen Tarifverhandlungen mit einer zentralen Verhandlungskommission durch die Lande reist, hat zu erkennen gegeben,

daß er überall mit der 5-Prozent-Provokation aufwarten will. Dieses Angebot bleibt noch unter der seit der letzten Lohnerhöhung von den Unternehmern in Gang gesetzten neuen Preissteigerungswelle. Angesichts der weiterrollenden Preislawine würde ein Abschluß in dieser Größenordnung eine direkte Senkung des Reallohns der Beschäftigten der chemischen Industrie zur Folge haben.

Die Chemieunternehmer möchten die während der Hochkonjunktur erzielten Rekordprofite auch bei einer abflauenden Wirtschaftsentwicklung beibehalten. Sie sind durchaus in der Lage, die berechtigten Lohn- und Gehaltsforderungen im vollen Umfang zu zahlen. Alle Chemiekonzerne, die in diesen Wochen ihre Hauptversammlungen abhielten, haben wiederum Höchstdividenden von rund 20 Prozent des Aktienkapitals an ihre Aktionäre ausgeschüttet. Ferner wird die Zahlungsfähigkeit auch dadurch unter Beweis gestellt, daß die Chemiemonopole für Milliardenbeträge im Ausland investieren und damit versuchen, ihre ökonomische und politische Machtposition weiter auszubauen. Allein die BASF, Ludwigshafen, hatte in den letzten Jahren einen Kapitalexport von mehr als einer Milliarde DM zu verzeichnen.

Die Herren der Chemiekonzerne wollen bei ihrer arbeiterfeindlichen starren Haltung bleiben, sie treffen schon seit Monaten Streikvorbereitungen bzw. planen die Aussperrung. Unter anderem wurden die Geschäftskunden aufgefordert, sich wegen der zu erwartenden Arbeitskämpfe größere Vorräte anzulegen. Großzügig hat man für die „Vorsorgeaufträge“ die Zahlungsfrist auf 90 Tage erweitert. Mit ihrem Herr-im-Hause-Standpunkt wollen die Unternehmer, unterstützt von der Schillerschen Wirtschaftspolitik, der IG Chemie faktisch ein Lohn-diktat aufzwingen.

Um so notwendiger ist es, daß jetzt die IG Chemie alle ihre Mitglieder zur Durchsetzung der berechtigten Forderungen mobilisiert und die Aufklärungsarbeit in den Betrieben verstärkt. Bei vielen Mitgliedern und Funktionären dieser Gewerkschaft hat es Befremden ausgelöst, daß die Zeitung der IG Chemie, „Gewerkschafts-post“, in ihrer Mai-Ausgabe schrieb: „Jedermann weiß, daß Forderung nicht gleich Abschluß ist.“ Das ist ein indirektes Abgehen von der an sich schon geringen Forderung und könnte als Einschwenken auf die provokative Unternehmerhaltung gewertet werden.

Um die materielle Lage der Arbeiter und Angestellten in der chemischen Industrie zu verbessern und einer Verschlechterung der Wirtschaftslage durch Ausweitung der Massenkaufkraft entgegenzuwirken, sollte die IG Chemie die geforderten 12 Prozent als eine Mindestforderung ansehen und konsequent durchsetzen.  
W. P.

# HBV: Konflikt verschärft sich

## Weiter tarifloser Zustand bei Banken und Versicherungen Gewerkschaft HBV bereitet Kampfmaßnahmen vor

Die Tarifaueinandersetzung im Bank- und Versicherungsgewerbe spitzt sich auf Grund der versteiften Haltung der Unternehmerverbände weiter zu. Die Banken haben lediglich Gehaltsanhebungen um 7,8 Prozent und die Versicherungen um 7,5 Prozent angeboten. Die 250 000 Bankangestellten und die 185 000 Angestellten der Versicherungen erwarten, entsprechend den gewerkschaftlichen Forderungen, die Anhebung der Gehälter um einen Sockelbetrag von 50 DM und daneben weitere 9 Prozent (Banken) bzw. die Anhebung um 60 DM und daneben 9,5 Prozent. Außerdem werden Leistungen zur Sparförderung, die Nichtanrechnung des freien Samstags auf den Urlaub und die Tarifierung des 13. Monatsgehalts verlangt.

In beiden Branchen herrscht tarifloser Zustand, im Bankwesen seit dem 1. März, im Versicherungswesen seit dem 1. April. Die Bank- und Versicherungsangestellten haben in Abstimmungen und zahlreichen Protestkundgebungen und -demonstrationen ihren Willen bekundet, für die Durchsetzung ihrer Forderungen zu kämpfen. Im Saargebiet streikten Ende März 2000 Angestellte der Banken und Sparkassen. Mit über 93 Prozent aller abgegebenen Stimmen hatten sich die Mitglieder der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen in Schwerpunktbereichen der Bausparkassen und Girozentralen für die Durchsetzung ihrer Forderungen, notfalls mit gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen, ausgesprochen.

Das Mitglied des Hauptvorstandes der Gewerkschaft HBV, Günter Volkmar, unterstrich in einer Erklärung Mitte April nochmals die Berechtigung der Forderungen für die Bankangestellten. Entgegen anderslautenden Voraussagen sei das Jahr 1970 beispielsweise für die Deutsche Bank das zweitbeste Geschäftsjahr nach der Währungsreform gewesen. Über ähnliche Ergebnisse, die teilweise sogar das Rekordjahr 1969 übertrafen, werde auch von anderen Banken und Institutsgruppen in den jetzt veröffentlichten Geschäftsberichten gesprochen. Das Jahr 1971 habe sich nach den bis jetzt bekannt gewordenen Äußerungen für die Banken ebenfalls „gut angelesen“.

Der Schlichtungsvorschlag für das Versicherungswesen, der nur eine Gehaltsaufbesserung von 7,5 Prozent vorsah, wurde von der Gewerkschaft HBV abgelehnt. Die Gewerkschaft hatte zuvor ihre Mitglieder befragt, die sich mit über 90 Prozent der abgegebenen Stimmen gegen die Annahme des Vorschlags aussprachen; nur 5 Prozent waren für Annahme. Die Große Tarifkommission der Fachgruppe Versicherungen der HBV-Gewerkschaft hat abermals die Entschlossenheit bekräftigt, die Gehaltserhöhung um 60 DM und 9,5 Prozent durchzusetzen, weil nur so die Realinkommen der Beschäftigten im Versicherungswesen gesichert werden

könnten. Die Gewerkschaft hat den Verband der Versicherungsunternehmen aufgefordert, die Tarifverhandlungen unverzüglich wieder aufzunehmen.

Wie der DGB-Nachrichtendienst am 19. April berichtete, will die Große Tarifkommission für die Versicherungsangestellten über weitere Kampfmaßnahmen beschließen, „wenn Verhandlungen über weiterführende, für die Angestellten akzeptable Tarifverbesserungen nicht kurzfristig erreicht werden“. Da der Unternehmerverband den Mitgliedsfirmen empfohlen hat, ungeachtet der gewerkschaft-

## Warnstreik von Textilarbeitern

Die Ungeduld der Beschäftigten in der Textil- und Bekleidungsindustrie geht einem Höhepunkt entgegen. Ausdruck der Empörung über die starre Unternehmerhaltung in der gegenwärtigen Lohnbewegung der Textil- und Bekleidungsindustrie ist ein Warnstreik in einem Unternehmen der Aachener Textilindustrie. Die 250 Arbeiter des Betriebes legten am 3. Mai für eine Stunde die Arbeit nieder, um gegen das wiederholte ergebnislose Verlagen der Tarifverhandlungen zu protestieren.

Am 2. Mai waren die Gespräche zwischen der Gewerkschaft Textil-Bekleidung und dem Unternehmerverband der Textilindustrie zum viertenmal ohne Ergebnis abgebrochen worden. Einen weiteren und letzten Versuch wollte die Gewerkschaft zu einem Zeitpunkt machen, an dem diese Ausgabe der NACHRICHTEN bereits gedruckt wurde.

Hauptvorstand und Beirat der Gewerkschaft hatten die Lohn- und Gehaltstarifverträge für die Beschäftigten in der Textil- und Bekleidungsindustrie zum 30. April gekündigt. Die Gewerkschaft fordert die Erhöhung der Löhne um 52 Pfennig pro Stunde, das sind 10,5 Prozent. Um diesen Satz sollen

lichen Forderungen eine Gehaltserhöhung um 7,5 Prozent zu realisieren, hat sich die Lage soweit verhärtet, daß die Angestellten im Versicherungswesen gut beraten wären, wenn sie unverzüglich und geschlossen mit Kampfmaßnahmen für die Durchsetzung ihrer berechtigten Forderungen beginnen würden. Das gilt ebenso für die Beschäftigten bei den Banken.

K. K.

## DGB warnt vor arbeiterfeindlicher Steuerreform

Die Mehrheit der noch von der Großen Koalition zusammengesetzten Steuerreform-Kommission habe ihren Auftrag, eine einfachere und sozial gerechtere Gestaltung des Steuersystems vorzuschlagen, nicht erfüllt. Das erklärte kürzlich der DGB-Bundesvorstand zu den Vorschlägen der Reformkommission. Es gäbe keinerlei Rechtfertigungsgründe für ein Gutachten, das allein bei der Körperschaft-, Vermögen- und Erbschaftsteuer einen Steuerausfall von 15 Milliarden DM vorschläge. Der DGB lehne es ab, daß Rentner und Arbeitnehmer diese Zeche u. a. mit einer Erhöhung der Mehrwertsteuer bezahlen sollen.

auch die Gehälter der Angestellten erhöht werden. Daneben werden Sparleistungen nach dem 624-DM-Gesetz und die Nichtanrechnung der Samstage als Urlaubstage verlangt.

Diese Forderungen des Gewerkschaftsvorstandes sind äußerst dürftig, ja unzureichend. Um die in der DGB-Zielprojektion 1971 angestrebte Anhebung des Nettoeinkommens der Arbeiter und Angestellten zu erreichen, sind Bruttoverbesserungen der Löhne und Gehälter um mindestens 15 Prozent erforderlich. Dieser Satz müßte angesichts der enormen Preissteigerungen sogar noch nach oben korrigiert werden. In der Textil- und Bekleidungsindustrie kommt hinzu, daß die Durchschnittsverdienste erheblich unter denen der Gesamtindustrie liegen. So waren die Löhne in der Textilindustrie im Oktober 1970 um 1,16 DM je Stunde niedriger als in der Gesamtindustrie und in der Bekleidungsindustrie sogar um 1,63 DM.

Wie die Entwicklung der Tarifverhandlungen zeigt, wird es offensichtlich nur unter Einsatz härtester Kampfmittel möglich sein, die sowieso niedrige Forderung durchzusetzen. Der Streik in Aachen zeigt den richtigen Weg.

-ert

# Vorbereitungen bei Metall

## Tariffbewegung im Herbst wirft lange Schatten voraus Diskussion um Höhe der Forderungen schon angelaufen

„Der nächste Oktober kommt bestimmt!“ Mit diesem Slogan prägten Mannheimer IG-Metall-Funktionäre ihren Arbeitsplan und möchten sie sich bei ihren sozialen Gegenspielern, den Metall-Unternehmern und deren Verbänden, als Kampforganisation in Erinnerung bringen. Der Slogan soll, ihrer Aussage zufolge, gleichzeitig ein Signal für alle Metallarbeiter sein, frühzeitig mit der Vorbereitung der nächsten Lohn- und Gehaltsrunde zu beginnen.

Obwohl die zwölfmonatige Laufzeit der Tarifverträge für beide Tarifgebiete — Metallverarbeitung sowie eisen- und stahlerzeugende Industrie — am 30. September 1971 zu Ende geht, zeichnen sich schon jetzt Konturen einer kommenden harten Auseinandersetzung ab. Infolge Abklingens der Hochkonjunktur und einsetzenden Drucks von Unternehmern und Regierung wird die kommende Lohnbewegung für die Gewerkschaft zweifellos schwieriger als im vergangenen Jahr.

Bereits während der Jahreswende wurde den Metall-Unternehmern durch Rundschreiben ihrer Verbände mitgeteilt, sie sollten für das Jahr 1971 in stärkerem Maße bereit sein, sich harten Konflikten zu stellen und die Konsequenzen der Ablehnung von Lohnforderungen auf sich zu nehmen. Mit dem Instrument der öffentlichen Meinungsmache wird das Gespenst erzeugt, daß „unüberlegte“ und „übertriebene“ Lohnforderungen den Arbeitsplatz gefährden und der angestrebten Währungs- und Wirtschaftstabilität entgegenwirken. Als allein heilsames Mittel wird Konsumverzicht empfohlen und bei „Uneinsichtigkeit“ mit Aussperrung gedroht.

Der schon in einigen Betrieben beider Tarifgebiete diskutierte und erhobene Effektivforderung um 15 Prozent, nach einer Vorweganhebung von Tariflöhnen und -gehältern, haben die Unternehmervverbände und ihre Träger, die Großkonzerne und die sozialdemokratisch geführte Regierung, den härtesten Kampf angesagt. Die Vorstellungen von Unternehmern und Regierung bewegen sich provokierenderweise zwischen 6,5 und 7,5 Prozent.

Auf diese sich abzeichnende starre Unternehmer- und Regierungsfrent gilt es sich unmittelbar und ohne Illusionen einzustellen. Einen Lohnkampf im September/Oktober erfolgreich zu bestehen heißt, sich jetzt schon zu formieren.

Die Entwicklung seit der Überproduktionskrise 1966/67 — äußerste Arbeitsintensität bei einer bis 1968 wirkenden kostenneutralen Lohnpolitik der Gewerkschaften und der schon Anfang 1968 einsetzenden Hochkonjunktur mit ständig steigenden Preisen — brachte die wesentlichsten Faktoren

hervor, die in den Jahren 1968/69/70 eine Profitexplosion ermöglichten. Angesichts des zunehmenden Ungleichgewichts von Löhnen und Gehältern gegenüber den Unternehmergeinnen und des vorhandenen Lohnrückstandes bei laufender Geldwertminderung entwickelte der DGB eine Zielprojektion, um den Rückstand der Arbeiter und Angestellten bis 1973 restlos zu beseitigen.

Entsprechend dieser für jeden Metallarbeiter maßgebenden gewerkschaftlichen Orientierung müßte sich die Gesamtnettolohn- und -gehaltssumme 1971 um 10,4 Prozent erhöhen. Da Überstunden und Zusatzschichten fast restlos abgebaut sind, die Zahl der Erwerbstätigen sich erhöhte, der angemessene Preisanstieg von 3 Prozent auf 4,5 Prozent geklettert ist und jedes Prozent Lohnerhöhung infolge der Steuerprogression eine Lohnsteuerbelastung von über 2 Prozent nach sich zieht, müßten die Löhne und Gehälter um mindestens 15 Prozent erhöht werden, um die gewerkschaftlichen Zielvorstellungen überhaupt zu erreichen.

Nach der Forderung von 100 DM Teuerungszulage durch die Vertrauensleute bei den Hoersch-Hüttenwerken in Dortmund, haben nun auch die Vertrauensleute der Gießerei Meiderich (Rhein Stahl) dieses Verlangen aufgegriffen.

Die vorhandene Realität — Einkommen ohne Überstunden — wirft alles Geschwätz vom vorhandenen Lohnüberhang über den Haufen. Die große Mehrheit der Metall- und Stahlarbeiter liegt mit dem Verdienst bei 173 Monatsstunden unter 1200 DM brutto monatlich. Abzüglich Lohnsteuer, der Beiträge für Rentenversicherung und Krankenkasse, abzüglich der Mieten und sonstigen fixen Kosten bleibt einem verheirateten Metall- und Stahlarbeiter mit Kindern und, wenn die Frau nicht mitarbeiten kann, wirklich kein „Honiglecken“. Hier wird kraft der Realität das Märchen vom Wirtschaftswunderburger vom Tisch gefegt.

Die Forderung nach betrieblicher Teuerungszulage oder sonstiger Verdienstaufbesserung und ihre Realisierung ist jetzt die beste Vorbereitung der Lohnbewegung in der Metall-, Eisen- und Stahlindustrie. H. Br.

# Ein Fall Leber

Die Protestaktion „Dienst streng nach Vorschrift“ der Flugleiter auf den bundesdeutschen Flughäfen hat enorme Mißstände auf dem Gebiete der Flugsicherung bloßgelegt. Die Forderungen der beamteten Fluglotsen, die nun schon seit Wochen ihre Aktion durchführen, lauten — neben besserer Bezahlung — vor allem: Mitbestimmung und größerer Einfluß auf Betriebs- und Personalentscheidungen, Verbesserung der gesamten Ausbildung, Einführung von Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten, gleiche Bezahlung für gleiche Tätigkeit, Beseitigung des Personal mangels und Durchführung organisatorischer Reformen zur Erhöhung der Flugsicherheit.

Das sind Forderungen, die in der Öffentlichkeit und besonders bei Gewerkschaftern — nicht nur bei Fluggästen — auf Zustimmung stoßen. Wenn die relativ gut verdienenden Fluglotsen trotz ihres Beamtenstatus zum „Dienst streng nach Vorschrift“ übergehen, dann kann man sicher sein, daß die Dinge in diesem Bereich sehr im argen liegen. Die Schweizer Fluglotsen und die beiden Fachverbände der westdeutschen Fluglotsen haben sich mit ihren protestierenden Kollegen solidarisch erklärt. Vom Deutschen Gewerkschaftsbund hat man noch keine eindeutige offizielle Stellungnahme zugunsten der Flugleiter gehört.

Bundesverkehrsminister und Ex-Gewerkschaftsvorsitzender Georg Leber hat als oberster „Dienstherr“ auf die ihm eigene Weise die Proteste der Fluglotsen beantwortet: drei ihrer Sprecher wurden vom Dienst suspendiert und einem Disziplinarverfahren unterworfen. Die Protestaktion selbst nannte der ehemalige Chef der IG Bau-Steine-Erden ein „Erpressungsmanöver nach den Methoden einer Gangsterorganisation“ („Die Welt“, 27. 4.).

Die Arbeit-langsam-Aktion der Flugleiter ist damit zu einem Fall Georg Leber geworden, bei dem immer klarer zum Vorschein kommt, daß er jahrelang in der Gewerkschaftsbewegung deplaciert war. Die „Arbeitgeber“-Rolle ist ihm besser auf den Leib geschrieben. Die arbeitnehmerfeindliche Grundeinstellung Lebers, die wohl gerade ihn zu einem Ministeramt in dieser Bundesregierung qualifizierte, ist schon seit langem offenkundig. Seine Attacken gegen die Mitbestimmungsforderungen im allgemeinen und die der Post- und Eisenbahngewerkschaft im besonderen sind bekannt. Wenn aber Leber den Flugleitern, die mit gewerkschaftlichen Methoden für dringliche und berechtigte Forderungen kämpfen, vorwirft, wie eine Gangsterorganisation zu handeln, so rundet dieser Ausfall das Bild Georg Lebers ab, der solcher Handlungsweise möglicherweise selber sehr nahe steht. Sb.

# Beispielhafte IG-Metall-Jugend

BetrVG, Mitbestimmungsaktionen und die Überführung der Schlüsselindustrie in Gemeineigentum.

## 9. Jugendkonferenz: Konzertierte Aktion verlassen! Antikommunismus-Beschlüsse der SPD-Führung verurteilt

Vom 15. bis 17. April 1971 tagte in Saarbrücken die 9. ordentliche Bundesjugendkonferenz der IG Metall. Im Namen von rund 300 000 jugendlichen Mitgliedern der IG Metall nahmen die 145 Delegierten und 70 Gastdelegierten zu entscheidenden Fragen der Gewerkschaftspolitik vom Klassenstandpunkt Stellung. Sie gingen mit dem kapitalistischen Herrschaftssystem hart ins Gericht und beschlossen konkrete Aktionsziele. Die Jugendkonferenz gestaltete sich zu einer unüberhörbaren Kampfansage gegen Großkapital, Militarismus und das von der CDU geführte Rechtskartell. Die Beschlüsse von Saarbrücken können als beispielgebend für die Gesamtorganisation der IG Metall und für alle anderen Gewerkschaften gewertet werden.

Unter dem Eindruck der kämpferischen Stimmung der Delegierten attackierte der 2. Vorsitzende der IG Metall, Eugen Loderer, die „soziale Marktwirtschaft“. Er führte aus: „Die gegenwärtig gültige Wirtschaftsform ist weder sozial, weil sie zu einer Vermögensprogression zugunsten der Kapitalbesitzer führt, noch kann man von einer Marktwirtschaft reden, wo Kartelle und Konzerne den Markt beherrschen“. Nach seiner Meinung gehören „nicht wenige Produktionsmittelbesitzer wegen Mißbrauchs ihres Eigentums auf eine Anklagebank“.

Er prangerte den „Eigentums-Fetischismus“ an und führte aus, „daß unter der Fahne des Privateigentums die Reichen reicher, die öffentliche Armut größer und die Arbeitnehmer um einen erheblichen Teil ihres Arbeitsergebnisses betrogen“ wurden. Loderer bezeichnete die spontanen Arbeitsniederlegungen „als probates Mittel der Notwehr gegen die Unternehmerwillkür“ und sagte über seine Gewerkschaft: „Die IG Metall ist kein Ordnungsfaktor, und sie leidet nicht an einem Integrationskomplex“.

In der Diskussion des Referats Loderers gab es ebenso wie zum schriftlichen und mündlichen Geschäftsbericht zum Teil harte Kritik der Delegierten. Sie richtet sich an die Adresse der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung und griff ihre systemstabilisierende Politik an. Sowohl Loderer als auch die Geschäftsberichte hatten sich befleißigt, keinerlei Kritik an der Regierungspolitik zu entwickeln. Die Gewerkschaftsführung wurde ebenfalls wegen ihrer inkonsequenten Haltung in der Tarifpolitik und anderen Fragen kritisiert. Die Delegierten waren nicht einverstanden, daß Loderer den Regierungsentwurf zum BetrVG im Grunde verteidigte.

Sicher hatte diese Diskussion Einfluß darauf, daß das für die Jugendarbeit zuständige DGB-Bundesvorstandsmitglied, Franz Woschek, erklärte, zwischen dem Kapital und der großen Masse der Lohnabhängigen gebe es keine Partnerschaft. Die Mitbestimmung, wie sie der DGB fordere, sei

Teil des Kampfes um eine „künftige Gesellschaftsordnung, in der die Mehrheit unseres Volkes bestimmt“. Veränderungen der Gesellschaft im Sinne des DGB-Grundsatzprogramms müßten eine Veränderung der Herrschaftsverhältnisse in Staat und Gesellschaft anstreben. Gegenwärtig übe eine kleine Schicht „unterhalb der parlamentarischen Demokratie die eigentliche Macht“ aus.

Woschek charakterisierte den DGB als eine „wirksame Gegenmacht gegen den Kapitalismus“. Die Gewerkschaftsjugend solle diesen „schlafenden Riesen aufwecken“, seine Kraft verstärken und Sorge tragen, daß die Bewegung nicht wieder in der bequemen Anpassung an die gegebenen Verhältnisse versickere.

Diesem Appell wurden die Delegierten insofern gerecht, als sie sich mit den 150 Anträgen und zahlreichen Initiativanträgen beschäftigten und konkrete Beschlüsse faßten. Der Vorstand der IG Metall wurde aufgefordert, „unverzüglich seine Mitarbeit in der Konzertierte Aktion aufzugeben.“ Durch den Austritt könne der verbale Protest gegen Lohnleitlinien zur politischen Aktion werden. In der umfangreichen Begründung heißt es unter anderem: Mit diesem Schritt müsse die Gewerkschaft „ihre Funktion als Kampforganisation gegen Macht und Herrschaft der Unternehmer“ deutlich machen und die „Interessenverbundenheit von Staat und Unternehmern“ aufzeigen. Dieser Beschluß war eindeutig gegen die unternehmerfreundliche Politik Schillers gerichtet.

Der Regierungsentwurf zur Novellierung des BetrVG wurde abgelehnt und es erging die Aufforderung, die darin enthaltenen „gewerkschaftsfeindlichen und arbeiterfeindlichen Bestimmungen“ mit allen Mitteln, einschließlic des Streiks, zu bekämpfen (vgl. Artikel zum BetrVG, S. 15). Gleichzeitig verlangte die Konferenz die Durchsetzung der Vorschläge des DGB zum

Durch den gesamten Konferenzverlauf zog sich wie ein roter Faden die Forderung nach Kampf gegen den Militarismus, wobei an die antimilitaristischen Traditionen der deutschen Arbeiterjugend angeknüpft wurde. In zahlreichen Beschlüssen gab es dazu konkrete Aufgabenstellungen. In den Jugendpolitischen Forderungen (Antrag 40) wurde verlangt: „Abschaffung des Wehrdienstes, Streichung sämtlicher Rüstungsausgaben und die Einstellung der gesamten Kriegsproduktion innerhalb der BRD.“ Als Sofortmaßnahmen verlangte die Konferenz u. a. die Kürzung der Wehrdienstzeit und die Verbesserung der Situation der Ersatzdienstleistenden.

Die Konferenz forderte ferner ein „Verbot der NPD, der Aktion Widerstand und anderer faschistischer Verbände und Gruppen“. Es müsse endlich eine „Auseinandersetzung mit den Ursachen und dem Wesen des Faschismus geführt werden“, wobei es darauf ankomme, die „sozialökonomischen Zusammenhänge“ aufzudecken und die Rolle der CDU/CSU dabei unter die Lupe zu nehmen. Zugleich setzte sich die Jugendkonferenz dafür ein, daß der Kampf gegen die Rechtsgefahr von allen demokratischen Organisationen und Kräften gemeinsam organisiert wird.

Nahezu einmütig forderte die Bundesjugendkonferenz der IG Metall die Aufhebung des KPD-Verbetes. Mit der Neukonstituierung der DKP sei das undemokratische KPD-Verbot nicht automatisch aufgehoben. In einem weiteren Initiativantrag verurteilten die Delegierten die „verstärkte antikommunistische, gegen Demokratisierung und Entspannung gerichtete Hetze der Springer-Presse“. Weiter heißt es in dem bedeutsamen Beschluß: „Sie verurteilen auch, daß mit den Münchener Parteiratsbeschlüssen der SPD erneut eine antlkommunistische Welle in die Arbeiterbewegung hineingetragen wird. Der Antikommunismus hat sich stets als ein Mittel zur Spaltung der Arbeiterbewegung, zum Völkerhaß und als Barriere gegen progressive gesellschaftliche Veränderungen erwiesen. Daraus haben die Gewerkschaften nach 1945 die Lehre gezogen, die Einheitsgewerkschaft zu schaffen“.

Entschieden protestierten die Delegierten gegen den Krieg der USA in Indochina und riefen zur Solidarität und Unterstützung des Befreiungskampfes der unterdrückten Völker auf. Diesem Appell folgte unmittelbar die Tat: Die Delegierten sammelten auf der Konferenz 1201,32 DM für die „Hilfsaktion Vietnam“ als praktischen Beweis der Solidarität. Des weiteren forderte die Konferenz die sofortige Freilassung der amerikanischen Bürgerrechtskämpferin Angela Davis und

lehnte jegliche Unterstützung für faschistische Staaten ab.

Die Bundesregierung wurde aufgefordert, die DDR völkerrechtlich anzuerkennen und die Beziehungen zwischen den beiden Staaten zu normalisieren sowie die Verträge von Moskau und Warschau zu ratifizieren. Allerdings knüpfte eine knappe Mehrheit von 67 gegen 42 Stimmen die letztere Forderung an den Abschluß der Westberlin-Verhandlungen. Ebenso unrealistisch muß die Bewertung der geforderten Kontakte zu den Gewerkschaften in der DDR und anderen sozialistischen Ländern „als flankierende Maßnahmen zur Entspannungspolitik der Bundesregierung“ eingeschätzt werden. In diesen beiden Fragen stand die Jugendkonferenz, bei einem insgesamt erfolgreichen Verlauf, im Widerspruch zu den eigenen Erkenntnissen.

Besonders positiv hervorzuheben sind die zahlreichen Beschlüsse zur Jugendpolitik. Sie enthalten ein umfangreiches Programm, das geht von einer grundlegenden Reform der Bildung und Berufsbildung über mehr Rechte für die Jugendvertretungen, Reform des Jugendarbeitsschutzgesetzes, Herabsetzung des Volljährigkeitsalters auf 18 Jahre, Schaffung eines Jugendgesetzbuches — bis zu Maßnahmen zur Aktivierung der gewerkschaftlichen Jugendarbeit als „politische Interessenvertretung der Jugendlichen am Arbeitsplatz und im gesellschaftlichen Bereich“.

Die großbürgerlichen Zeitungen, wie Springers „Welt“ und die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, haben über Verlauf und Ergebnis der IG-Metall-Bundesjugendkonferenz ein großes Gezeter angestellt. So hat man u. a. versucht, die Funktionäre der IG Metall als „Verwirrer der Jugend“ zu diffamieren. Diese Reaktion zeigt, daß in Saarbrücken eine im wesentlichen richtige Klassenpolitik von den Vertretern der IGM-Jugend entwickelt wurde.

Jetzt wird es nötig sein, die konkreten Arbeitsaufgaben, die nach einer Feststellung des Vorstandsmitgliedes der IG Metall, Georg Benz, für den Jugendausschuß, die Abteilung Jugend beim Vorstand sowie für die bezirklichen und örtlichen Gremien als „bindend“ zu sehen sind, in die Tat umzusetzen. Zugleich hänge es von den Aktivitäten der IG-Metall-Jugend ab, hob Georg Benz in seinem Schlußwort hervor, inwieweit der Gewerkschaftstag der IG Metall, Ende September 1971 in Wiesbaden, den Forderungen und Vorstellungen der jungen Gewerkschafter nachkomme.

Die 9. Bundesjugendkonferenz hat für den 10. Gewerkschaftstag der IG Metall ein positives Beispiel gegeben. Diese Impulse und Denkansätze für eine den Klasseninteressen verpflichtete Gewerkschaftspolitik sollten in die 2,2 Millionen Mitglieder zählende Organisation getragen werden.

W. Petschick

# Dürfen Lehrlinge streiken?

Vorhandenes Streikrecht muß praktisch genutzt werden  
Grundsätzliches zu einer aktuellen Frage von Lehrlingen

Um es gleich vorwegzunehmen: Lehrlinge haben Streikrecht. Doch nach wie vor verweigern die Unternehmer dieses Recht: Als z. B. die Lehrlinge bei Opel/Bochum im letzten Herbst am Streik ihrer Arbeitskollegen teilnehmen wollten, wurden sie kurzerhand in der Lehrwerkstatt eingesperrt. Leider gibt es auch noch Gewerkschafter, die sich diesem Unternehmerstandpunkt anschließen. Der Kampf um die Realisierung des Lehrlingsstreikrechts ist zu einer aktuellen Aufgabe für die organisierte Arbeiterjugend geworden. So forderte die letzte Bundesjugendkonferenz der IG Druck und Papier in Springen/Taunus (12. bis 14. 3. 71) das Streikrecht für Lehrlinge. Der Leiter des IG-Metall-Bezirks Hamburg, Heinz Scholz, beantragte während der Tarifbewegung im Herbst 1970 beim IGM-Hauptvorstand, die Lehrlinge der Hochseefischerei-Unternehmen mit in den Streik einzubeziehen.

Die Diskussion über das Streikrecht für Lehrlinge ist nach der Verabschiedung des Berufsbildungsgesetzes im August 1969 wieder in Gang gekommen. Im § 10 heißt es nämlich: „Der Auszubildende hat dem Auszubildenden eine angemessene Vergütung zu gewähren. Sie ist nach dem Lebensalter des Auszubildenden so zu bemessen, daß sie mit fortschreitender Berufsausbildung, mindestens jährlich, ansteigt.“

Daraufhin gab es drei wichtige Stellungnahmen aus Gewerkschaftskreisen zur Frage des Streikrechts für Lehrlinge. Am 17. Oktober 1969 veröffentlichte Dr. Gester, Rechtsgutachter beim DGB-Bundesvorstand, ein Gutachten, das das Lehrlingsstreikrecht befürwortet. Dr. Frey beim Hauptvorstand der IG Druck und Papier antwortete am 1. 12. 1969 mit einem Gegengutachten und lehnte das Lehrlingsstreikrecht ab. Am 2. 3. 1970 nahm dann Gester nochmals zu Freys Einwänden Stellung.\*

Gesters erstes Gutachten lautete kurz und bündig: „Nach § 10 des Berufsbildungsgesetzes hat der Auszubildende dem Auszubildenden eine angemessene Vergütung zu gewähren. Die Festsetzung der Vergütung erfolgt durch Einzelvertrag oder durch Tarifvertrag. Zur tarifvertraglichen Regelung sind die Tarifvertragsparteien nach dem Tarifvertragsgesetz (TVG) berufen, weil es sich materiell um Arbeitsentgelt handelt. Da die Festsetzung der Vergütung Gegenstand eines Tarifvertrages sein kann, kann zur kampfwisen Durchsetzung dahingehender Tarifforderungen auch ein Streik als gewerkschaftliches Kampfmittel in Betracht kommen. Es bestehen mithin keine Bedenken, auch ein Streikrecht für Lehrlinge anzuerkennen.“

Die Gegenargumente Freys sind im wesentlichen folgende:

1. Der DGB spreche generell Lehrlingen das Teilnahmerecht an Urabstimmungen und damit an Streiks ab.

2. Höchststrichterlich sei in Fragen der Legitimation von Tarifverträgen zur Regelung von Ausbildungsbeihilfen gesagt worden, den Ausbildungsbeihilfen fehle der Entgeltcharakter nicht völlig, mehr nicht.

3. Ein Lehrlingsstreik sei dem Arbeitgeber gegenüber kein geeignetes Druckmittel, weil der Lehrling nicht geldwerte Arbeit gegen Lohn leiste, sondern vielmehr für den künftigen Beruf ausgebildet werde.

4. Das Lehrverhältnis sei allenfalls ein Arbeitsverhältnis besonderer Art. Entziehe der Lehrling sich streikweise der Ausbildung, schade er damit nicht dem Arbeitgeber und Lehrern, sondern nur sich selbst. Dadurch, daß der Arbeitgeber zeitweise keine Lehrlinge ausbilden müsse, er auch keine Ausbildungsbeihilfe zu zahlen habe, werde der Arbeitgeber in keiner Weise geschädigt, sondern nur entlastet. Ein Lehrlingsstreik sei also ungeeignet, auf den Arbeitgeber einen psychologischen oder geldlichen Druck auszuüben. Dies bewirke auch seine rechtliche Unzulässigkeit.

5. Daß es demnach ausnahmsweise Tarifverträge geben könne, um die aber nicht gestreikt werden könne, wirke nur regelbestätigend.

Es ist eigentlich bedauerlich, daß ein Gewerkschafter mit solch fadenscheinigen Argumenten, die ohne weiteres dem Unternehmerstandpunkt entsprechen, den Kampf der Lehrlinge für die Verbesserung ihrer Ausbildungsbedingungen um ein wesentliches Kampfmittel beeinträchtigen will. Freys Argumentation ist gegen die durch Artikel 9 des Grundgesetzes abgesicherte tarifautonome Betätigungs- und Kampffreiheit der Gewerkschaften gerichtet. Zu diesem Zweck trennt er das Ausbildungsverhältnis in unzulässiger Weise vom Arbeitsverhältnis. Die Entkräftung der einzelnen Punkte

\* Alle drei Gutachten veröffentlicht in „INFO 2“ des Bundesjugendsekretariats beim Hauptvorstand der Gewerkschaft OTV.

Freys folgt im wesentlichen der Argumentation Gesters:

1. Frey beruft sich hier auf § 3 der Richtlinien des DGB zur Führung von Arbeitskämpfen. Es ist aber keineswegs einzusehen, warum eine Auffassung des DGB aus dem Jahre 1950, die die vorhandenen Möglichkeiten nicht voll ausschöpft, ein für alle Male verbindlich sein soll. Reichen die restlichen Normen dazu nicht aus, so müssen eben mehr Rechte für die Arbeiterschaft gefordert werden. Wenn Dr. Frey also schon zu der Auffassung kommt, Lehrlinge hätten z. Z. kein Streikrecht, müßte er es sich als Gewerkschafter wenigstens zur Aufgabe machen, für eine Veränderung der Gesetze einzutreten.

2. Selbst der Bundestagsausschuß für Arbeit kommt in seinem schriftlichen Bericht zum Berufsbildungsgesetz zu der Erkenntnis: „Sie (die Auszubildenden) ist außerdem (neben einer ausbildungsrechtlichen Begründung) aber auch aus arbeitsrechtlichen Gesichtspunkten der Entlohnung gerechtfertigt... (Der) Bemessungsgrundsatz geht davon aus, daß mit fortschreitendem Alter des Auszubildenden sowie mit fortschreitender Ausbildung die wirtschaftlichen Bedürfnisse des Auszubildenden mit zunehmendem Alter und im Laufe der Ausbildung, insbesondere im Hinblick auf eine Abschlußprüfung, steigen, aber auch die Arbeitsleistungen des Auszubildenden für den Auszubildenden wirtschaftlich wertvoller werden.“ Gester sagt klipp und klar: „Entgegen früheren Zweifeln ist die Auszubildendenvergütung (§ 10 Berufsbildungsgesetz) nunmehr unbestritten durch Tarifvertrag regelbar... Sind Auszubildendenvergütungen tarifvertraglich regelbar, so gilt für sie der allgemeine kollektivrechtliche Grundsatz, daß, was tarifvertraglich regelbar ist, auch erstreikbar sein muß. Dies ist nun einmal die Konsequenz und Funktionsautomatik der Tarifautonomie.“

3. Ein Lehrlingsstreik kann ohne weiteres bei der gegenwärtig üblichen Ausbildungspraxis zu einer im Produktionsablauf merkbaren, für den Arbeitgeber nachteiligen Störung führen. Gibt es doch das Beispiel einer Frankfurter Kfz-Großwerkstatt, die 500 Personen, davon 250 Lehrlinge beschäftigt. Der gesamte Dienstleistungsbetrieb wird dort von den Lehrlingen bewältigt. In diesem Betrieb gibt es regelmäßig Schwierigkeiten, wenn die Jugendlichen ihre Jugendersammlung durchführen wollen, weil der gesamte Dienstleistungsbetrieb zusammenbricht. Was geschieht, wenn die Lehrlinge erst einmal streiken? Da der Wert der Tätigkeit des Lehrlings für den Unternehmer mit der Dauer der Ausbildung steigt, kann der Arbeitgeber also sehr wohl durch einen Lehrlingsstreik unter Druck gesetzt werden. Schließlich muß auch noch der psychologische und vor allem der in die Öffentlichkeit wirkende Druck

eines Lehrlingsstreiks berücksichtigt werden.

4. Es verwundert nur noch, daß Frey mit dieser Argumentation nicht das Streikrecht generell ablehnt, denn welcher Arbeitnehmer muß bei einem Streik eventuelle Lohneinbußen und sonstige Nachteile nicht in Kauf nehmen? Gester: „Es ist bislang noch niemand auf die Idee gekommen, zu behaupten, ein Arbeitskampf sei deswegen unzulässig, weil die Arbeitnehmer sich selbst schädigen würden.“

5. Daß Frey eine These anführt, die eigentlich das Lehrlingsstreikrecht begründet, um dann gleich zu sagen, das sei eine Ausnahme, die nur die Regel bestätigt, setzt der ganzen Frey'schen Argumentation die Krone auf.

Gester gelangt nach der Kritik an Frey zu der Auffassung: „Gewerkschaftlich organisierte Auszubildende können an einem gewerkschaftlichen Streik teilnehmen, der (auch) zur tarifvertraglichen Regelung der materiellen Arbeitsbedingungen (Ausbildungsvergütung) der Auszubildenden geführt wird.“

Die Forderung nach einem Streikrecht für Lehrlinge ist also nicht ganz richtig gestellt. Die Lehrlinge haben es bereits. Es kommt darauf an, diese Rechtsauffassung abzusichern und vor allen Dingen, das Lehrlingsstreikrecht dort zu praktizieren, wo andere Mittel zur Durchsetzung der Lehrlingsinteressen nicht mehr ausreichen.

Wolfgang Bartels  
Gewerkschaftsjugendgruppenleiter  
(IG Druck und Papier)

## Wieder mehr Betriebsunfälle

Die Zahl der Betriebsunfälle und Berufskrankheiten, die im Krisenjahr 1967 auf den seit 1955 niedrigsten Stand zurückgegangen war, ist 1968/69 wieder gestiegen: 1969 wurden 2,6 Millionen Unfälle und Berufskrankheiten gemeldet. Dabei sind auch die tödlichen Unfälle, die sich 1968 um 6 Prozent auf 6198 verminderten, 1969 auf 6247 wieder angestiegen. Das geht aus dem Unfallverhütungsbericht 1968/1969 der Bundesregierung hervor, der jetzt veröffentlicht wurde.

Alarmierend ist die Tatsache, daß in der Bundesrepublik beschäftigte ausländische Arbeitnehmer dreimal so stark unfallgefährdet sind wie ihre Kollegen aus der Bundesrepublik. Während bei den Einheimischen auf 1000 Versicherte 88 Unfälle gezählt werden, entfallen auf 1000 Ausländer zwischen 198 bis 285 Unfälle!

In dem Unfallverhütungsbericht wird eine Zunahme der Zahl der Sicherheitsbeauftragten und eine verbesserte betriebsärztliche Betreuung der Beschäftigten festgestellt. Die Zahl der Sicherheitsbeauftragten hat sich auf 268 869 erhöht, so daß 1969 ein Sicherheitsbeauftragter auf 59 Versicherte kam, gegenüber 77 Versicherte 1965. Die Zahl der in der BRD beschäftigten haupt- und nebenberuflichen Betriebsärzte wird mit 11 462 angegeben.

Die Gewerkschaften fordern seit vielen Jahren immer wieder die gesetzliche Verpflichtung, eine ausreichende Zahl von Sicherheitsfachleuten einzustellen und eine werksärztliche Betreuung für alle Beschäftigten in den Betrieben einzurichten. Die Wirksamkeit der Sicherheitsfachleute und der Werk-ärzte hängt jedoch wesentlich davon ab, daß ihre Unabhängigkeit von den Unternehmens- und Betriebsleitungen gesichert ist und sie das Recht und

die reale Möglichkeit haben, die von ihnen im Interesse der Arbeitssicherheit und Gesundheit der Beschäftigten für notwendig erkannten Schutzmaßnahmen — ohne Rücksicht auf den Profit der Unternehmer — durchzusetzen.

Nach Ansicht der Gewerkschaften sind die Hauptursachen der hohen Unfallzahlen mangelnde technische Sicherheitsvorkehrungen, ungenügende und zum Teil nicht dem Stande der Technik entsprechende Sicherheitsvorschriften, übersteigertes Arbeitstempo, Zeitdruck und schlechte Arbeitsorganisation. Hinzu kommt die unzureichende Unterweisung am Arbeitsplatz — besonders der Gastarbeiter — und mangelhafte Ausbildung der Lehrkräfte und Arbeitnehmer in Fragen der Arbeitssicherheit.

Von den zuständigen Instanzen im Bund und in den Ländern fordern aus diesem Grunde die Gewerkschaften, daß sie sich mit ihrer ganzen Autorität für die Lösung der Probleme der Arbeitssicherheit und des Gesundheitsschutzes einsetzen und daß sie energisch für die Einhaltung der bestehenden Vorschriften sorgen. Sie fordern besonders eine intensivere Überwachung der Betriebe durch die Aufsichtsbeamten der Gewerbeaufsicht und der Berufsgenossenschaften, die wissenschaftliche Erforschung der Unfallursachen und der Unfallverhütungsmethoden.

Soll die Arbeitssicherheit jedoch grundlegend verbessert werden, muß sich die ganze Atmosphäre in den Unternehmen und Betrieben ändern, die heute durch Arbeitshetze und Überstundenschinderei, um den unzureichenden Lohn aufzubessern, gekennzeichnet ist. Sicherheit muß vor Leistung gehen!

Bö.

# Antreiberei mit System

## „Syndikat für Arbeitskraftausbeutung“ bei Mannesmann Belegschaft wehrt sich gegen „Erfolgsrezept“ der WOFAC

Lohnkostensenkungen bis zu 30 Prozent werden westdeutschen Konzernen verheißen, wenn sie sich den Spezialisten der Arbeitsstudie des Managements der Firma WOFAC, Frankfurt am Main, Guiolettstraße 47, anvertrauen. Die Kundenliste der Firma, deren sogenanntes VeFAC-System in den USA entwickelt und erprobt wurde, so konnte man bereits am 29. 6. 1968 in der CDU-nahen „Rheinischen Post“ in Düsseldorf lesen, werde „top secret“ (streng geheim) behandelt. Spätestens seit dem 3. April 1971 wissen die Arbeitnehmer der Firma Mannesmann-Röhrenwerke in Düsseldorf, daß die Spezialisten der VeFAC jetzt auch auf sie angesetzt werden sollen.

Am 29. März 1971 war der sogenannte „30er Klub“ der Firma (Vorsitzende und Stellvertreter der einzelnen Betriebsabteilungen) damit vertraut gemacht worden. Überraschend landete ein Exemplar der Erläuterungen des VeFAC-Systems auf dem örtlichen Parteibüro der DKP, die ihrerseits umgehend für eine breite Information der Mannesmann-Belegschaft sorgte. So fand der Betriebsrat auf einer Belegschaftsversammlung am 3. April in der Düsseldorfer Kongreßhalle ein wohl vorbereitetes Auditorium von 3500 Kollegen, vor dem zum erstmaligen Gelegenheit gegeben war, über das „Syndikal für Arbeitskraftausbeutung“ (so der Vorsitzende des Vertrauensleute-Körpers) offen zu reden.

Für den Schritt des Vorstandes der Mannesmann-Werke, die WOFAC in den Betrieb zu holen, könne kein Verständnis aufgebracht werden, erklärte der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende Kaiser. Die Arbeitsleistung der Arbeitnehmer habe sich in Produkten niedergeschlagen, die in der ganzen Welt Anerkennung gefunden hätten. Der Diskussionsredner Schüler warnte vor der Nachahmung amerikanischer Verhältnisse und vor einer organisierten Erwerbslosigkeit, die in den USA nicht zuletzt auch auf das Konto einer zu Höchstleistungen antreibenden Auslese in den Betrieben gehe.

„Die Einführung des VeFAC-Systems hat den Zweck einer tatsächlichen Kostenlenkung durch Reduzierung des Personals“, heißt es mit nicht zu mißverstehender Deutlichkeit in der von der Firma WOFAC gelieferten Erläuterung ihres Systems. „Ohne eine echte Personaleinsparung können die Kosten nicht gesenkt werden. (Eine Ausnahme bietet der Fall, daß der Arbeitsanfall einer Abteilung so schnell wächst, daß die durch das VeFAC-System erzielte Produktivitätserhöhung absorbiert wird.)“

Ohne die Arbeitsbedingungen bei einer Firma auch nur in Augenschein genommen zu haben, gehen die Spezialisten von WOFAC pauschal davon aus, daß die Angestellten der Konzernverwaltung nur zu einem Teil „ausgelastet“ sind. Da die WOFAC

bisher die Erklärung darüber schuldig geblieben ist, auf welche wissenschaftliche Weise sie den Leistungsgrad bei Angestellten ermittelt und wie sie die bei Angestellten-Arbeiten oft unvermeidlichen plötzlichen Schwierigkeiten berücksichtigt, bleibt als „Erfolgsrezept“ ihres VeFAC-Systems nur der durch Angst um den Arbeitsplatz ausgelöste Druck zur Mehrarbeit.

K Scholz vom Vorstand der IG Metall berichtete darüber bereits 1969: „Aus allen Betrieben, in denen die WOFAC aufgetaucht ist . . . wurde den ermittelnden Gewerkschaftsfunktionären von empörten Angestellten berichtet, daß die Mitarbeiter dieses Beratungsunternehmens sich eines betont naßforschenden Tones befleißigen und auch nicht davor zurückschrecken, ängstliche Gemüter unter Druck zu setzen.“

Dafür sprechen denn auch die bei der Firma Mannesmann-Röhrenwerke am den Tag gebrachten Erläuterungen des VeFAC-Systems. Hier einige der wesentlichen Auszüge:

„Die richtige Anwendung des VeFAC-Systems bedeutet, daß am Ende eines jeden Arbeitstages ein Bericht über jeden Arbeiter vorliegt. Die Zusammenfassung der einzelnen Berichte zu einem Gruppen- oder Abteilungsbericht ergibt einen Überblick über die Arbeitsauslastung einer Abteilung. Am Ende der Woche ist eine Zusammenfassung für die gesamte Abteilung zu erstellen und der Geschäftsleitung vorzulegen . . .“

Und weiter: „Die Beauftragten der Firma WOFAC helfen der Geschäftsleitung, indem sie die Abteilungsleiter und Gruppenführer davon überzeugen, zur richtigen Zeit die richtigen Maßnahmen durchzuführen. Das mag einfach klingen, ist aber häufig nur mit großer Anstrengung und hohem Aufwand an Takt und Überredungskunst zu erreichen . . .“

Was unter „normaler Arbeitsleistung“ zu verstehen ist, erläutert die WOFAC so: „Das VeFAC-System beruht auf dem Grundsatz, daß es weder unzumutbar noch unwürdig ist, dem Mit-

arbeiter die normale tägliche Arbeitsleistung abzuverlangen . . . Grundsätzlich legt der Vorgesetzte fest, was unter einer normalen täglichen Arbeitsleistung zu verstehen ist . . .“

Wer diese nicht erreicht, der fliegt. Also heißt es in den Erläuterungen ohne jede Umschweife: „Der Beauftragte der WOFAC führt und leitet die Einführung des Systems . . . Er ermutigt und unterstützt den Vorgesetzten und berät ihn bei der Entlassung von überflüssigem Personal.“ Als Ergebnis einer solchen „Auslese“ verspricht die WOFAC einen Betriebsablauf, der paradiesischen Zuständen (jedenfalls für die Unternehmer) ähnelt:

„Der wertvollste Beitrag des VeFAC-Systems ist das Gefühl für die Dringlichkeit der Arbeit und die Zusammenarbeit aller Mitarbeiter. Mit zunehmendem Erfolg wird unter den Mitarbeitern eine Atmosphäre der Zufriedenheit geschaffen. Der Mitarbeiter ist sich bewußt, daß er gute Arbeit leistet. Er weiß, daß die Geschäftsleitung wöchentlich darüber informiert wird und seine Leistung anerkennt. Es ist dies die Voraussetzung, eine gesunde Betriebsatmosphäre zu schaffen.“

Bei den Mannesmann-Röhrenwerken ist dieses „Versprechen“ unter den Beschäftigten verständlicherweise wie blanker Hohn aufgenommen worden. p. b.

## 6,7 Millionen Mitglieder im DGB

Der Mitgliederstand der im Deutschen Gewerkschaftsbund zusammengeschlossenen Gewerkschaften betrug am 31. Dezember 1970 genau 6 712 547 Mitglieder, wie der DGB am 18. März 1971 mitteilte. Das bedeutet einen Zugang von 230 157 Mitgliedern gegenüber dem Vorjahr. Den stärksten Mitgliederzuwachs haben die Gewerkschaften Metall (+ 152 487) und Chemie-Papier-Keramik (+ 46 279) zu verzeichnen. Im Bergbau, in der Landwirtschaft und in der Textilbranche, in denen sich wirtschaftliche Strukturveränderungen vollziehen, so erklärt der DGB, sei die Mitgliederentwicklung rückläufig.

Hervorstechend ist, daß in solchen Wirtschaftszweigen, in denen in letzter Zeit (1969/70) harte Lohnkämpfe — zum Teil mit Streiks — ausgefochten wurden, die gewerkschaftliche Position überdurchschnittlich stärker geworden ist. Die Mitgliederentwicklung im DGB ist eine Bestätigung der Forderung vieler Gewerkschafter, daß ihre Organisationen als Kampforganisationen aktiv werden müssen.

# Mehr Rechte für W- und S-Räte

## Wirtschafts- und Sozialräte ein Schritt vorwärts? Zu einem Plan des Bundesausschusses des DGB

Die Forderung des DGB, einen Bundeswirtschafts- und Sozialrat (BWSR) und entsprechende Gremien auf Landes- und Regionalebene zu schaffen, könnte durchaus im Rahmen einer kämpferischen Mitbestimmungspraxis positiv sein. Der vom Bundesausschuß des DGB veröffentlichte Plan für Wirtschafts- und Sozialräte enthält aber eine Reihe grundlegender Schwächen. Vor allem scheinen die Ausgangspunkte für solche „Räte“ falsch gesetzt zu sein.

Obwohl in Worten „die Interessen der Arbeitnehmer zum Bestandteil einer vorausschauenden und planmäßigen Wirtschaftspolitik werden“ sollen, wird der geforderte BWSR dann sofort in den Rahmen der Arbeit des „Sachverständigenrates“, der „mittelfristigen Wirtschafts- und Finanzplanung“ und des „Stabilitätsgesetzes“ eingebettet. Diese Instrumente der Bundesregierung haben sich aber eindeutig als Steuerungsinstrumente für die Profitinteressen der großen Monopole erwiesen.

Es muß der Verdacht ausgesprochen werden, daß der BWSR und die entsprechenden W- und S-Räte auf Landesebene lediglich der Disziplinierung der Arbeiter und der Einbeziehung der Gewerkschaften in den staatlichen Machtapparat dienen sollen. Wie anders soll man es verstehen, wenn in den Grundsätzen, die den Darlegungen über Form und Tätigkeit der W- und S-Räte vorangestellt sind, ausdrücklich vor der allumfassenden Zuständigkeit der Regierungen und des Parlaments eine Verbeugung gemacht wird.

Es sollte dagegen dargelegt werden, daß die Arbeiter und ihre Gewerkschaften über die Wirtschafts- und Sozialräte auf alle Gebiete des wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Lebens Einfluß nehmen wollen. Das betrifft den Haushalts-Etat mit seinem Posten für die Rüstung ebenso wie die wichtigen außenpolitischen Entscheidungen, wo es z. B. in den Fragen der Abrüstung und Entspannung um Existenzfragen des arbeitenden Volkes geht.

Die Fehlorientierung in den Vorschlägen des Bundesausschusses des DGB zur „Mitbestimmung im gesamtwirtschaftlichen Bereich“ hat seine Ursache darin, daß der DGB für die W- und S- Räte eine falsche Realität als Ausgangspunkt nimmt, nämlich die Regierung und ihre Organe. In Wirklichkeit müßten die W- und S-Räte Organe der Arbeiter sein, um der Macht der Monopole und der falschen Wirtschaftspolitik Schillers entgegenzuwirken.

Die in den Grundsätzen ausdrücklich dargelegte Beschränkung der W- und S-Räte auf Informations-, Beratungs- und Konsultationsrechte signalisiert die Gefahr, daß diese Organe die Be-

ziehungen zwischen den Arbeitern und den Monopolen nur reibungsloser machen, den Klassenfrieden festigen, die Sozialpartnerschaft um ein neues Organ bereichern sollen. Dieser Charakter der angestrebten W- und S-Räte wird auch deutlich, wenn man ihre geplante Zusammensetzung ansieht. Da ist zunächst kritisch anzumerken, daß die Parität der Mitglieder dieser Organe (Arbeiter- und Unternehmervertreter) höchst undemokratisch ist (Millionen Arbeiter und eine Handvoll Großkapitalisten gleichzusetzen ist ein offener Widerspruch).

Nach dem Vorschlag des DGB sollen die Mitglieder des BWSR vom Bundespräsidenten, auf Vorschlag der Arbeiter- und Unternehmerorganisationen, berufen werden. Das ist völlig undemokratisch und macht den BWSR mit seinen vorgesehenen „berufenen“ 60 bis 80 Arbeitervertretern und „berufenen“ 60 bis 80 Unternehmervertretern zu einem exklusiven Organ, das von niemandem gewählt und auch niemandem gegenüber verantwortlich ist. Die Arbeitervertreter in einem BWSR, der für die Arbeiterinteressen funktionsfähig sein soll, müßten eng mit der Basis verbunden, etwa auf großen Vertrauensleutenkonferenzen oder auch in Urwahlen bestimmt werden. Außerdem müßten sie den Arbeitern gegenüber rechen-schaftspflichtig sein.

Unter der Bedingung, daß die Arbeitervertreter im BWSR, gestützt auf eine kämpferische Gewerkschaftspolitik, das Recht der Gesetzesinitiative wahrnehmen, kann dieses Recht positiv sein. Das auch deshalb, weil in den Vorschlägen des DGB vorgesehen ist, daß eine Minderheit des BWSR, also auch die Arbeitervertreter allein, alle Rechte des BWSR einschließlich der Gesetzesinitiative haben sollen. Das könnte die Möglichkeit eröffnen, aus den Betrieben heraus zusätzliche politische Aktivität zu entwickeln, um auf das Parlament und die etablierten Parteien Druck auszuüben.

Unter solchen Gesichtspunkten ist unverstänlich, warum die W- und S-Räte auf Bundes- und Landesebene als kleine, unkontrollierte, unverbindliche Organe, einzig abhängig von den zentralen Apparaten der Unternehmerverbände und des Bundesaus-

schusses des DGB geplant sind, die ihre staatliche Weihe durch den Bundespräsidenten bzw. durch die jeweiligen Ministerpräsidenten der Länder erhalten sollen. Solche Organe nutzen den Arbeitern nichts. Form und Inhalt ihrer Tätigkeit müssen anders entwickelt werden. Die ganze Sache gewinnt sofort — über die Gedanken hinaus, die hier bereits dargelegt wurden — ein anderes Gesicht, wenn in den Plan für eine „Mitbestimmung im gesamtwirtschaftlichen Bereich“ als Zielvorstellung die Forderung nach Überführung der Konzernbetriebe, Banken und großen Versicherungsgesellschaften in Gemeineigentum aufgenommen wird. Damit wäre die Mitbestimmungsvorstellung des Münchener Grundsatzprogramms des DGB wiederhergestellt: Gemeineigentum, Mitbestimmung und Planung als die zentralen Schwerpunkte einer wirksamen Zurückdrängung der Macht der Monopole.

Jeder Schritt bei der Durchsetzung einer Mitbestimmung sollte entschieden von dem Grundsatz geleitet sein, daß die Mitbestimmung allen Ebenen des Wirtschaftsgeschehens erfassen und vom Arbeitsplatz über den Betrieb und das Unternehmen bis zur wirksamen Mitentscheidung in der staatlichen Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik reichen muß.

Eine besondere Beachtung sollte der Vorschlag finden, regionale W- und S-Räte zu bilden. Diesem Vorschlag liegt die richtige Idee zugrunde, die einseitigen, jetzt bestehenden „Unternehmer-Kammern“ (Industrie- und Handelskammern) aufzulösen und einen Teil ihrer Rechte auf die neuen regionalen WSR zu übertragen. Damit könnte eine alte gewerkschaftliche Forderung nach direktem Einfluß auf alle Seiten der beruflichen Ausbildung wenigstens zum Teil erfüllt werden. Ebenso könnte der Einfluß der Arbeiter über diese Organe auf die Strukturplanung, Strukturpolitik und den Umweltschutz nützlich sein. Es ist interessant, daß die Vertreter für diese regionalen Organe in Urwahl bestimmt werden sollen.

Es wäre zu erwägen, die Rechte der regionalen WSR dahin zu erweitern, daß sie Initiativrechte für Beschlüßvorschläge an die Landtage und die Großstädte erhalten sollten.

Zusammenfassend soll gesagt werden, daß die Vorschläge des DGB zum Plan einer überbetrieblichen Mitbestimmung manche richtige Gedanken enthalten; aber dem Gesamtkonzept fehlt die Orientierung auf Wirtschafts- und Sozialräte, die direkt mit dem Kampf der Arbeiter verbunden sind. Eine gründliche Diskussion in den Gewerkschaften und Betrieben über die hier aufgeworfenen kritischen Gedanken und Vorschläge zum Plan des Bundesausschusses des DGB, Wirtschafts- und Sozialräte zu bilden, könnte dazu beitragen, daß der Plan des DGB noch wesentlich verändert wird.

Josef Ledwohn

# Für fortschrittliches BetrVG

## IG-Metall-Jugendkonferenz regt Proteststreiks an HBV-Gewerkschafter: Kampfprogramm gegen BetrVG

Der reaktionäre Regierungsentwurf eines neuen Betriebsverfassungsgesetzes gerät in den Gewerkschaften zunehmend in die Schußlinie harter, berechtigter Kritik. Die Forderungen nach Ablehnung der BetrVG-Novelle, nach gewerkschaftlichen Aktionen zur Verhinderung einer Verabschiedung durch den Bundestag und nach Verwirklichung der DGB-Forderungen für ein Betriebsverfassungsgesetz vom Mai 1970 werden immer nachdrücklicher. In der kontroversen Diskussion um die BetrVG-Novelle ist auch die Forderung an die Bundesregierung herangetragen worden, wenn sie zu entscheidenden Verbesserungen des Entwurfs im Sinne der DGB-Vorstellungen nicht bereit ist, auf die Verabschiedung ganz zu verzichten und die geltende Betriebsverfassung zunächst noch bestehen zu lassen.

Die 9. Jugendkonferenz der IG Metall hat mit nur einer Gegenstimme den Vorstand der Gewerkschaft aufgefordert, „mit allen Mitteln für die volle Durchsetzung der DGB-Vorstellungen zu kämpfen“ (Antrag 108). Dabei dürfe nicht eine Strategie des „begrenzten Konflikts“ verfolgt werden. „Wir müssen vielmehr deutlich machen, daß die Gewerkschaften dann ihre schärfste Waffe, den Streik, einsetzen, wenn man versucht, sie von ihrer betrieblichen Basis zu isolieren.“

Der als Material zum Antrag 108 verabschiedete Antrag 107 formuliert das Anliegen der IGM-Jugend deutlicher:

„Die 9. Jugendkonferenz der IG Metall lehnt die Novelle zum Betriebsverfassungsgesetz, die in 1. Lesung durch den Bundestag ging, mit Entschiedenheit ab. Sie fordert die Jugend der IG Metall und aller übrigen Gewerkschaften auf, bis zum Zeitpunkt der 2. und 3. Lesung eine Kampagne zur Aufklärung und des Protestes zu entfalten. Diese Kampagne hat das Ziel, eine Ablehnung der Novelle im Bundestag zu erreichen, und die Mitglieder des DGB im Bundestag zu verpflichten, den entsprechenden Entwurf des DGB durchzusetzen. Um der Aktion zum Erfolg zu verhelfen, ist es notwendig, daß über die Gewerkschaftsjugend hinaus die gesamte Gewerkschaftsbewegung sich in den Kampf einschaltet. Die 9. Jugendkonferenz fordert deshalb den Vorstand, die gesamte Organisation der IG Metall und auch die der anderen Gewerkschaften auf, mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln und der stärksten Waffe der Gewerkschaften, dem Streik, die Ablehnung der Regierungs-Novelle zum BetrVG zu erkämpfen.“

Zweifelloos ist dies die einzig wirksame Methode, dem demokratischen Verlangen der Gewerkschaften nach einem gesellschaftspolitisch fortschrittlichen Betriebsverfassungsgesetz Geltung zu verschaffen. Diese Auffassung setzt sich in den Organisationen und Organen der Gewerkschaften, vor allem auf der unteren und mittleren Ebene, immer mehr durch. Kennzeichnend sind dafür z. B. die Beschlüsse

der Delegiertenversammlung der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Ortsverwaltung Frankfurt am Main, die am 22. April 1971 stattfand.

In einer Entschliebung zum BetrVG-Entwurf der Bundesregierung und einem Brief an den HBV-Hauptvorstand präzisieren die Delegierten den Standpunkt und die Forderungen der von ihnen vertretenen Mitglieder. In dem Brief begrüßt die Delegiertenversammlung die Aufforderung des Hauptvorstandes an alle Betriebsräte und HBV-Vertrauensleute, sich umgehend in die öffentliche Diskussion um ein neues Betriebsverfassungsgesetz einzuschalten. „Mit Euch sind wir der Meinung, daß der vom Bundestag bereits in erster Lesung behandelte Regierungsentwurf — trotz positiver Ansätze — nicht dem entspricht, wofür die Arbeitnehmer und die Gewerkschaften zwei Jahrzehnte lang gekämpft haben“, heißt es in dem Schreiben. „Dem Druck der Millionäre auf Regierung und Parlament muß der Druck der Millionen Arbeiter und Angestellten entgegengesetzt werden.“

Die Delegiertenversammlung kündigt die Einleitung einer Briefaktion von Betriebsräten an die örtlichen Bundestagsabgeordneten an. Weiter heißt es in dem Brief: „Daran müßte sich ein abgestuftes Programm weiterer Kampfmaßnahmen auf DGB-Ebene anschließen, das sowohl öffentliche Versammlungen wie Plakatdemonstrationen, Aufklärungsstände und Flugblattverteilungen, die Entsendung von Arbeiterdelegationen in den Bundestag, notfalls Warnstreiks und unter allen Umständen einen Sternmarsch nach Bonn während der zweiten Lesung des Betriebsverfassungsgesetzes vorsieht. Wir fordern den GHV (Gewerkschafts-Hauptvorstand) auf, sich kurzfristig beim DGB-Bundesvorstand für so ein koordiniertes Aktionsprogramm einzusetzen. Wir werden auf Orts-ebene entsprechende Maßnahmen beantragen.“

Und schließlich fordert die HBV-Delegiertenkonferenz in einem entsprechenden Antrag den Hauptvorstand

auf, „Bundesregierung und Bundestag nachdrücklich darauf hinzuweisen, die Novelle zum Betriebsverfassungsgesetz nur dann zu beschließen, wenn das Ergebnis tatsächlich als eine fortschrittliche Weiterentwicklung der Betriebsverfassung angesehen werden kann“. Abschließend heißt es in dem Antrag: „Sollte innerhalb der Regierungskoalition den Forderungen der Gewerkschaften zu diesen Fragen nicht entsprochen werden, erwarten die Delegierten, daß das Gesetzesvorhaben vorerst zurückgestellt wird.“

Das ist ein neuer Gedanke in der Diskussion über den SPD/FDP-Entwurf, der eingehende Prüfung verdient. Wenn sich wirklich nur die FDP als der unüberwindliche Bremsen in der Koalition erweist, dann wäre es für die SPD-Minister tatsächlich das Beste, das Gesetzesvorhaben zurückzustellen, denn an einer Verschlechterung des BetrVG um der Veränderung willen sind die Arbeiter und Gewerkschafter nicht interessiert. Aber es muß stark bezweifelt werden, daß nur FDP-Minister dem Großkapital willfährig sind. Vielmehr besteht auch bei sozialdemokratischen Kabinettsmitgliedern wie Schiller, Leber und Schmidt ein ausgeprägtes Interesse daran, den BetrVG-Entwurf gerade in dieser reaktionären und nicht etwa im Gewerkschaftssinne verbesserten Fassung durchzusetzen. Darum ist für das, was letztlich in Bonn in dieser Frage geschieht, der aktive, zunehmende Kampf der Gewerkschaften für fortschrittliche Regelungen entscheidend.

Worum es geht, haben jetzt in Düsseldorf Betrieben 21 000 Arbeiter und Angestellte in einer Unterschriftenaktion des DGB, Kreis Düsseldorf, bekräftigt. Eine außerordentliche Delegiertenkonferenz hatte Mitte Januar die Unterschriftensammlung unter folgenden Forderungskatalog für ein besseres BetrVG beschlossen: „1. Verstärkung der Mitbestimmungsrechte bei personellen Einzelmaßnahmen und in wirtschaftlichen Angelegenheiten. 2. Mitbestimmung in allen bisherigen Tendenzbetrieben, soweit sie nicht der Tendenz ‚unmittelbar‘ dienen. 3. Reduzierung der Gruppenrechte zugunsten des Betriebsrates als Gemeinschaftsorgan. 4. Einbeziehung der leitenden Angestellten in das Gesetz. 5. Zutritt der Gewerkschaftsvertreter zu den Betrieben, ohne daß der Arbeitgeber die Möglichkeit hat, dies zu verhindern.“

Jetzt ist es wichtig, die von der Metall-Jugendkonferenz und den Frankfurter HBV-Gewerkschaftern gegebenen Anregungen aufzugreifen und im Sinne dessen zu handeln, was der 2. Vorsitzende der IG Metall, Eugen Loderer, auf der Maikundgebung des DGB forderte: „Die Gewerkschaften sagen einem Gesetzentwurf den Kampf an, der keinen weiteren Schritt im Hinblick auf die Demokratisierung der Betriebe bedeutet.“ Gerd Siebert

# Altersgrenze unter Beschuß

## CDU und Unternehmer gegen Senkung des Rentenalters Dreiviertelmehrheit der Arbeiter und Angestellten dafür

Nach einer vom Bundesarbeitsminister in Auftrag gegebenen Umfrageaktion haben sich 89 Prozent der 55- bis 64jährigen und über 82 Prozent der älter als 18jährigen Arbeiter und Angestellten für eine Vorverlegung der Altersgrenze in der Rentenversicherung ausgesprochen; 75 bzw. 76 Prozent waren für eine Herabsetzung der Altersgrenze auf 60 Jahre oder darunter. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat das Umfrageergebnis zum Anlaß genommen, erneut die Bundesregierung aufzufordern, allen Versicherten die Möglichkeit zu geben, vom 60. Lebensjahr ab zwischen Altersrente oder Weiterbeschäftigung zu wählen.

Obwohl das Ergebnis der Umfrage als eine eindrucksvolle Demonstration für die Herabsetzung der Altersgrenze oder doch zumindest ihre flexible Handhabung anzusehen ist, besteht die Gefahr, daß die Einführung der flexiblen Altersgrenze in die nächste Legislaturperiode — also bis nach 1973 — verschoben wird. Nicht nur die Spitzenorganisation der Unternehmerverbände (BDA) und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion haben die flexible Altersgrenze unter Beschuß genommen; auch der Sprecher der Bundesregierung, Ahlers, hat entgegen dem Beschluß der Bundesregierung erklärt, die Veränderung der Altersgrenze gehöre nicht unbedingt zu den Reformen, die noch bis 1973 verwirklicht werden sollen.

BDA und CDU/CSU begründen ihre massiven Angriffe gegen die flexible Altersgrenze mit angeblicher Besorgnis über die mangelnde finanzielle Leistungsfähigkeit der Rentenversicherung. Diese Besorgnis steht aber der CDU/CSU und den Unternehmern schlecht an, denn sie hatten in den vergangenen Jahren nicht die geringsten Skrupel, durch rücksichtslose Kürzungen der Bundeszuschüsse zur Rentenversicherung und der zwangsweisen Umwandlung von Zuschüssen in Schuldbuchforderungen der Rentenversicherung viele Milliarden DM zu entnehmen, um mit dem Geld den durch die Rüstungspolitik überbeanspruchten Bundeshaushalt auszugleichen.

Zur Zeit ist diese „Besorgnis“ ohnehin grundlos. Im vergangenen Jahr konnte die Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten seit 1966 erstmals wieder einen Überschuß verbuchen — mit 3,6 Milliarden DM den bisher höchsten überhaupt. Wenn darüber hinaus die Bundeszuschüsse wieder auf ein Drittel der Gesamtausgaben erhöht und die Unternehmer zur Finanzierung der vorzeitigen Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten herangezogen werden, wie es der DGB vorgeschlagen hat, kann es keine triftigen finanziellen Gründe für eine Herabsetzung der Altersgrenze bzw. für die Einführung der flexiblen Altersgrenze geben.

Nach den bekanntgewordenen Plänen des Bundesarbeitsministeriums sollen

die Arbeiter und Angestellten nicht zwischen dem 60. und dem 65. Lebensjahr wählen dürfen ob sie „in Rente“ gehen wollen, sondern erst zwischen dem 63. und 67. Jahr. Das bedeutet praktisch eine Heraussetzung der Altersgrenze! Außerdem soll, wer vorzeitig sein Altersruhegeld in Anspruch nimmt, mit einer Rentenkürzung (zur Zeit ist von 5 Prozent die Rede) bestraft werden. Wer aber bis zum 67. Jahr arbeitet, wird nach den Plänen des Arbeitsministeriums 6 Prozent mehr Rente bekommen.

Gleich, wie sich der Gesetzgeber entscheidet: jede Kürzung der Rente ist eine Verschlechterung — und von einer Verschlechterung des bestehenden Rentenrechtes im Zusammenhang mit der flexiblen Altersgrenze ist in der Regierungserklärung Brandts seinerzeit nicht die Rede gewesen. Nach dem bestehenden Recht können Arbeiter und Angestellte nach einjähriger Arbeitslosigkeit ihr Altersruhegeld ohne Kürzung in Anspruch nehmen. Weibliche Versicherte können unter bestimmten Voraussetzungen ebenfalls vorzeitige Altersrente beziehen, ohne daß diese sich vermindert.

Bei der Koppelung der flexiblen Altersgrenze mit den geplanten Verschlechterungen würden die Arbeiter und Angestellten erneut gegenüber den Beamten schlechter gestellt. Beamte können seit Jahr und Tag ab 62 Jahren, bestimmte Gruppen von Beamten — Chargen der Bundeswehr z. B. — schon ab 55 in Pension gehen, ohne daß eine Kürzung erfolgt. Auch dann nicht, wenn der pensionierte Beamte oder Offizier einen einträglichen Posten in der privaten Wirtschaft übernimmt. Bundesminister, die nur vier Jahre im Amt waren, erhalten ab dem 55. Lebensjahr die Ministerpension, und selbst diese Regelung soll noch verbessert werden.

Die Herabsetzung der Altersgrenze ist in der Bundesrepublik mit ihrer hoch technisierten Wirtschaft eine soziale Notwendigkeit, denn Arbeiter und Angestellte sind in der vom Profitstreben bestimmten spätkapitalistischen Wirtschaft einem rücksichtslosen Verschleiß ausgesetzt. Das beweist die Tatsache, daß seit 1951 die Lebenserwartung der älteren Männer

in der Bundesrepublik sinkt und das Durchschnittsalter der Zugänge bei Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrentnern 1968 zwischen dem 55. und 60. Lebensjahr lag.

Die Einführung der flexiblen Altersgrenze ist tatsächlich nichts anderes als ein Versuch, der notwendigen allgemeinen Herabsetzung der Altersgrenze auszuweichen. Die Gewerkschaften sollten sich deshalb auch nicht an dem regierungsmächtigen Spiel beteiligen, diese unzulängliche Lösung auch noch ideologisch zu verbrämen. „Der mündige Bürger soll sein Ausschneiden aus dem Arbeitsleben selbst bestimmen.“ Die flexible Altersgrenze ist nur dann akzeptabel, wenn sie, ohne Verschlechterung des bestehenden Rentenrechtes, den ersten Schritt zur Herabsetzung der Altersgrenze bedeutet. A. Böpplé

## PERSONALIEN

Dr. Wolfgang Abendroth, Professor für wissenschaftliche Politik an der Universität Marburg, ist am 2. Mai 65 Jahre alt geworden. Abendroth hat sich als marxistischer Wissenschaftler und aktiver Demokrat einen Ruf erworben. Wegen seiner politischen Auffassungen wurde er vor Jahren aus der SPD ausgeschlossen. In der Nazizeit war er viele Jahre eingekerkert.

Karl-Heinz Janzen, Bevollmächtigter der Verwaltungsstelle Gummersbach der IG Metall, wurde am 14. April 1971 vom Beirat der IG Metall zum ehrenamtlichen Mitglied des Vorstandes dieser 2-Millionen-Gewerkschaft gewählt. Janzen wurde Nachfolger von Willi Ahlmann, der zum Verwaltungsleiter des IG-Metall-Bildungszentrums Spröckhövel berufen wurde.

Dr. Gerhard Leminsky, bislang Leiter der Abteilung Gesellschaftspolitik im Wirtschaftswissenschaftlichen Institut (WWI) der Gewerkschaften, erhielt Mitte April durch den Beirat des Bundesverlages die Bestätigung seiner Berufung zum Chefredakteur der „Gewerkschaftlichen Monatshefte“ des DGB. Sein Vorgänger, der in der Gewerkschaftsbewegung hochgeachtete Prof. Dr. Walter Fabian, war wegen seiner gesellschaftskritischen Haltung und Aktivität auf Betreiben des DGB-Vorsitzenden Heinz O. Vetter in den Ruhestand versetzt worden. Dieses autoritäre Vorgehen Veters, das dessen politische Flügelstellung erkennen läßt, war in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres Gegenstand einer langanhaltenden Protestwelle in den Gewerkschaften des DGB. Von Leminsky hat man bislang nichts Bemerkenswertes vernommen. Ob er ein würdiger Nachfolger von Prof. Fabian ist, wird sich zeigen.

# SED und Gewerkschaften

## Zum Verhältnis zwischen beiden Arbeiterorganisationen FDGB und SED auf gleichem gesellschaftspolitischen Kurs

Das Verhältnis zwischen Sozialistischer Einheitspartei und Gewerkschaften in der DDR ist in der Bundesrepublik oft Zielscheibe antikommunistischer Ergüsse, aber auch Gegenstand von Mißverständnissen bei vielen Gewerkschaftlern. Wir baten unseren DDR-Korrespondenten Claus Friedrich um eine knappe Darstellung dieser Beziehungen zwischen beiden Organisationen der Arbeiterklasse:

Am 21. April 1971 feierte die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands den 25. Jahrestag der historischen Vereinigung von KPD und SPD zur SED. Dieses Ereignis ist untrennbar verbunden mit dem Wirken einheitlicher Gewerkschaften in der DDR. Schon auf dem 1. FDGB-Kongreß im Februar 1946 wurde die Forderung nach Schaffung einer einheitlichen Arbeiterpartei erhoben. Wir können heute feststellen, daß die Erringung der politischen Einheit der Arbeiterklasse von ausschlaggebender Bedeutung auch für den erfolgreichen Weg der Gewerkschaften war und ist.

Die in dem vergangenen Vierteljahrhundert vollzogenen gesellschaftlichen Umgestaltungen im Interesse und zum Nutzen des werktätigen Volkes in der DDR haben bewiesen, daß die sozialistische Zielvorstellung von Arbeiterpartei und Gewerkschaften voll übereinstimmt. Das Programm des Sozialismus — vom VI. Parteitag der SED beschlossen — ist auch für die DDR-Gewerkschaften der Wegweiser, der Inhalt und Richtung der gewerkschaftlichen Tätigkeit als Schulen des Verwaltens und des Wirtschaftens, als Schulen und Erbauer des Sozialismus bestimmt.

Die „feste Gewißheit, daß die Führung durch die marxistisch-leninistische Partei der Arbeiterklasse auch die Gewerkschaften in die Lage versetzt, ihren Auftrag im Dienste der Arbeiterklasse zu erfüllen, veranlaßte die Gewerkschaften, sich klar zu der führenden Rolle der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zu bekennen“, stellte der Vorsitzende des Bundesvorstandes des FDGB, Herbert Warnke, zum 25. Jahrestag der SED fest.

Diese Anerkennung der führenden Rolle der SED durch den FDGB wird von jenen Leuten in der Bundesrepublik immer wieder verleumdet, denen diese Gemeinsamkeit ein Dorn im Auge ist. So tischte das theoretische Organ der SPD „Die neue Gesellschaft“ (Heft 2/1971) erneut die antikommunistische Lüge von einer „Parteidiktatur“ im Sozialismus auf, die zur „Entmachtung“ der Gewerkschaften führen würde. Da man aber die politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Erfolge der DDR in den vergangenen zwei Jahrzehnten nicht mehr einfach totsicheren kann, behaupten die Verfechter des Anti-

kommunismus aller Couleur in der BRD frech und gottesfürchtig, diese Erfolge seien „gegen den Willen der SED“ erzielt worden.

Dümmer geht's nimmer! Jeder, der ehrlich gewillt ist, sich von der Wahrheit zu überzeugen, braucht nur die sozialistische Praxis in der DDR zu studieren. „Unser Ziel ist die weitere Verbesserung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus der Arbeiterklasse und aller Werktätigen.“ Dieser Satz entstammt der Rede Walter Ulbrichts auf der Festveranstaltung zum 25. Jahrestag der SED. Dieser eine Satz enthält ein ganzes Programm — auch für die gewerkschaftliche Tätigkeit. Für den FDGB besteht folglich keine Ursache, sich gegen eine Partei zu stellen, die dieses Ziel erstrebt.

Bei aller Gemeinsamkeit der Ziele und Aufgaben, die den Inhalt der Tätigkeit von SED und FDGB ausmachen, sind die Gewerkschaften in der DDR doch selbständige Organisationen. Noch nie hatten in Deutschland die Gewerkschaften solche verfassungsrechtlich und gesetzlich garantierten Rechte und Möglichkeiten der Interessenvertretung der Arbeiterklasse, wie sie der FDGB bei uns ausübt.

Die Gewerkschaften sind ein wichtiges Glied im Gesamtsystem der sozialistischen Demokratie bei der Einbeziehung der Werktätigen in die Planung und Leitung der Wirtschaft, der staatlichen und gesellschaftlichen Angelegenheiten. Eine ihrer wichtigsten Aufgaben ist das Eintreten für die legitimen Interessen der Arbeiter und Angestellten, für die Verbesserung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen, die Kontrolle über die Einhaltung der Arbeitsgesetzgebung und des Arbeitsschutzes, für die Organisierung eines kulturreichen Lebens und der Erholung der Werktätigen.

Aber alle diese Aufgaben können niemals gegen, sondern nur mit der SED gemeinsam durchgeführt werden. Die erfolgreiche und stabile Entwicklung der DDR auf allen Gebieten verdanken wir eben der klugen, zielstrebig und weitsichtigen Politik der SED. Es wird sich auf dem bevorstehenden VIII. Parteitag der SED im Juni 1971 erneut beweisen: Die SED ist die erfolgreichste deutsche Arbeiterpartei. Sie handelt nach dem Grund-

satz: Alles für das Volk, alles mit dem Volk, alles durch das Volk! Niemandem wird es deshalb gelingen, den FDGB von der geeinten Partei der Arbeiterklasse zu trennen. Die Gewerkschaften werden auch weiterhin zuverlässige Partner der Partei der Arbeiterklasse in der DDR sein.

C. F.

## Unser Nachbar DDR

### 864 neue Professoren

864 DDR-Wissenschaftler wurden in den vergangenen vier Jahren zu Professoren berufen. Die hohe Zahl ergibt sich aus der raschen Entwicklung des Hochschulwesens, die der Absicht folgt, mehr Studenten als bisher in den für die Volkswirtschaft entscheidenden Zweigen an den Hochschulen auszubilden. Besonders stark stieg daher die Zahl der Hochschullehrer, die Lehrstühle in den Natur- und technischen Wissenschaften, namentlich der Mathematik, Physik, Biologie, Datenverarbeitung, Mikrobiologie, Genetik, Bionik usw. übernahmen.

### Jeder 5. Abgeordnete ein Jugendlicher

Heute ist jeder fünfte gewählte Volksvertreter der DDR ein Jugendlicher. In den Volksvertretungen aller Ebenen sind 41 578 Abgeordnete unter 30 Jahre alt. Insgesamt haben 22 231 Abgeordnete, die nicht älter als 25 Jahre sind, ihren Platz in den Kreistagen, Stadtverordneten-Versammlungen und Gemeindevertretungen gefunden. Seit 1970 können Jugendliche, die seit Gründung der DDR mit 18 Jahren bereits das aktive Wahlrecht ausübten, in diesem Alter auch als Abgeordnete gewählt werden.

### Städte wachsen am schnellsten

Von jeweils 100 Bürgern der DDR leben 74 in städtischen und 26 in Gemeinden bis 2000 Einwohnern. 22 Prozent der DDR-Bevölkerung leben in Großstädten (Städte mit mehr als 100 000 Einwohnern). Sieben Städte der DDR haben eine über 200 000 hinausgehende Einwohnerzahl. In den letzten Jahren entstanden neu oder wuchsen besonders rasch die Städte Halle-Neustadt (35 000), Schwedt, Hoyerswerda, Ludwigsfelde, Bad Salzung, Lübbenau, Grimmen, Weißwasser, Eisenhüttenstadt, Riesa, Hennigsdorf bei Berlin und Neubrandenburg.

# Rationalisierung ohne Kapital

## Gegenwärtig wieder Steigerung der Arbeitsintensität Große Unsicherheit über weitere Wirtschaftsentwicklung

Im Herbst vergangenen Jahres und auch noch um die Jahreswende wurden von den Konjunkturforschern die Aussichten für das laufende Jahr im allgemeinen recht düster gezeichnet — wenigstens eine Stagnation der Produktion war nach der vorherrschenden Auffassung für das Frühjahr 1971 zu erwarten. Völlig unerwartet für diese Prognostiker ist es aber zunächst einmal anders gekommen: In den ersten Monaten des neuen Jahres ist die Industrieproduktion bei den Zuwachsraten geblieben, die bereits in der zweiten Hälfte des Jahres 1970 erreicht worden waren — um die 6 Prozent. Trotz Kurzarbeit in einigen Betrieben sind die freien Stellen noch immer größer als die Zahl der Arbeitslosen, es herrscht also das, was im landläufigen Sinne als Vollbeschäftigung bezeichnet wird. Sind damit alle Sorgen und Probleme, die damals zu ungünstigen Voraussagen geführt haben, gegenstandslos geworden, haben sich alle oder fast alle Konjunkturforscher geirrt? Das Gegenteil ist der Fall.

Alle Faktoren, die vor einigen Monaten wirkten und die Prognose beeinflussten, wirken nach wie vor:

■ Die Preissteigerungen halten unvermindert an, die Lebenshaltungskosten haben im März 1971 gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat mit einer Zunahme von 4,5 Prozent eine neue Rekordmarke erreicht.

■ Nach den Meldungen der Unternehmer nehmen ihre Gewinne nur noch in geringerem Umfang zu als in den Vorjahren, besonders nachdrücklich wird dieser Trend in den Mitteilungen der großen Chemiekonzerne hervorgehoben.

■ Die Aussichten für die künftige Produktion werden dadurch negativ beeinflusst, daß im Schnitt der letzten Monate die Auftragseingänge unter den laufenden Umsätzen liegen und damit die Auftragsbestände schmelzen.

■ Unter diesen Umständen sind die Unternehmer, wie alle Umfragen der letzten Zeit bestätigen, immer weniger bereit, Investitionen für den Ausbau der gegenwärtig sehr stark ausgelasteten Kapazitäten vorzunehmen, was sich wiederum negativ auf die Produktionserwartungen der Investitionsgüterindustrie auswirkt.

Insgesamt läßt sich deshalb feststellen, daß zwar Zeit gewonnen wurde, aber keine Probleme gelöst worden sind. Oder um mit den Worten von Professor Claus Köhler, einem Mitglied des offiziellen Bonner Sachverständigenrates zu sprechen: „Wir sind gegenwärtig sehr unsicher in der Prognose.“ Gewiß dürfte nur eines sein, daß die Ungewißheit noch weiter anhält. Unter anderem spiegelt sie sich in der Tatsache wider, daß die Zahl der Konkurse, die 1969 um rund 4 Prozent zurückgegangen war, 1970 um 10,2 Prozent auf insgesamt 3943 zunahm. Die Zahl der Millionenkonkurse erhöhte sich sogar um mehr

als 50 Prozent von 170 im Jahre 1969 auf 258 im Jahre 1970.

Unter diesen Umständen erlangen für die Unternehmer, wie auch schon in früheren gleichartigen Perioden, wiederum die verschiedensten Methoden zur Steigerung der Arbeitsintensität zunehmende Bedeutung. Typisch dafür ist der Ausspruch des früheren Bundesbankpräsidenten Blessing, dem in einer ähnlichen Situation — im Frühjahr 1966 — die Worte ent schlüpften: „Wer Angst vor Entlassung hat und nicht gleich um die Ecke einen neuen Job findet, der bemüht sich um Fleiß und Pünktlichkeit.“ Das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ kommentierte diesen zynischen Satz am 22. 8. 1966 mit den Worten „Blessing will, um Gotteswillen keine Arbeitslosigkeit in größerem Umfang“. Aber der Gedanke unter manchem Homburg, Westdeutschland brauche eine halbe Million Arbeitslose, um wieder zu wirtschaftlichen Höchstleistungen zu kommen, ist in Frankfurt nicht unbekannt.\*

Das Jahr 1966 hat in mehrerer Hinsicht Parallelen zur Gegenwart. Unter anderem zeigen sie sich in der Entwicklung der Arbeitsproduktivität, die vom Statistischen Bundesamt als Index des Produktionsergebnisses veröffentlicht wird.

Jahr	Produktionsergebnis je Beschäftigten		
	1962 = 100	Arbeiter	Arbeiterstunde
1965	116,3	118,7	122,1
1966	119,0	122,8	127,9
1967	124,2	130,4	138,2
1968	138,2	145,2	150,1
1969	148,6	156,0	160,7
1970*	151,3	160,7	166,3

\* Nach vorläufigen Angaben berechnet

Aus dieser Aufstellung wird deutlich, daß sich das Produktionsergebnis je Beschäftigten bzw. Arbeiter oder Arbeiterstunde stets dann langsame entwickelte, wenn die vorhan-

denen Kapazitäten einen hohen Auslastungsgrad erreichten, weil unter diesen Bedingungen eine wesentliche Steigerung der Arbeitsproduktivität in einem starken Maße von der Neuanlage von Kapital abhängt. Eine Steigerung der Arbeitsintensität aber, die in diesem Index eingeschlossen ist, stößt ebenfalls bei einer hohen Kapazitätsausnutzung auf Grenzen, die durch die technischen Bedingungen gesetzt sind.

Unter diesen Bedingungen ist es keineswegs verwunderlich, daß dann im Krisenjahr 1967 durch eine Steigerung der Intensität der Arbeit der Index stärker anzog und beim Beginn des konjunkturellen Aufschwungs 1968 als Folge der Neuanlage von Kapital stark zunahm.

Trotz der optisch noch immer günstigen konjunkturellen Situation steht die Arbeiterklasse der Bundesrepublik jetzt vor ähnlichen Problemen. In einigen Industriezweigen sind bereits deutliche Hinweise zu erkennen. Man denke nur an die Rationalisierungsgruppen in der Stahlindustrie, die an die Stelle der Walzstahlkontore treten. In einigen Betrieben wurde Kurzarbeit eingeführt, zum Beispiel bei der Continental-Gummiwerke AG in Hannover, wo sich außerdem bis zum Februar durch Entlassungen und „natürliche Abgänge“ die Beschäftigtenzahl um 500 Mann verringerte.

Die BASF meldete Ende Februar dieses Jahres, daß sie im Laufe des Jahres die Beschäftigtenzahl im Stammwerk Ludwigshafen um 3000 vermindern wolle, was im Zusammenhang mit allgemeinen Einsparungsmaßnahmen stehe, die die BASF seit einiger Zeit treffe, und der wachsenden Bedeutung der Personalkosten. Nach einer ebenfalls im Februar veröffentlichten Umfrage des Münchener Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung wollen 50 Prozent aller befragten Firmen Arbeitskräfte einsparen, und ganz in diesem Sinne wurden zur psychologischen Unterstützung derartige Maßnahmen Ende 1970 Berechnungen wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute bekannt, wonach bis zum Jahre 1980 mehr als die Hälfte aller Beschäftigten der Bundesrepublik durch die technische Entwicklung freigesetzt würde.

Wenn es um den Unternehmerprofit geht, schweigen alle, die sich sonst nicht laut genug über „Sozialpartnerschaft“ und einen „gewandelten Kapitalismus“ verbreiten können. Dann feiert auch wieder die nackte Unternehmerwillkür Urständ. Dann wird wie zur Zeit von Karl Marx die industrielle Reservearmee als Druckmittel benutzt. Dann wird aber auch mit besonderem Nachdruck klar, von welcher unerhörten Bedeutung für die Arbeiterklasse und alle Werk tätigen die Durchsetzung einer Mitbestimmung im echten Sinne dieses Wortes ist. L. K.

# Systemüberwindende Reform?

## Auseinandersetzung mit einem neuen Modebegriff Über das Verhältnis von Reform und Revolution

Es ist neuerdings oft von „systemüberwindenden“ Reformen die Rede, und dazu werden unterschiedliche Auffassungen vertreten. Es handelt sich hier um einen in letzter Zeit in Mode gekommenen Begriff, der — wie schon mancher andere Begriff — einige Verwirrung gestiftet hat. Es geht hierbei um folgende Fragen: Welche Aufgabe hat die Revolution? Welchen Charakter können Reformen je nach ihren Zielsetzungen, den gesellschaftlichen Triebkräften, von denen sie sowie den Bedingungen, unter denen sie und der Art und Weise, in der sie durchgesetzt werden, haben? Wie ist das Verhältnis von Reform und Revolution zueinander? Alle diese Fragen sind im Systemzusammenhang zu stellen, zu untersuchen und zu beantworten.

Zunächst ist klar, daß das kapitalistische System nur durch eine gesellschaftliche Umwälzung, eine Revolution, d. h. durch die Eroberung und Ausübung der politischen Macht unter Führung der Arbeiterklasse mit der marxistischen Partei an der Spitze und im Bündnis mit anderen werktätigen Klassen und Schichten, überwunden werden kann. Dabei ist die Revolution kein einmaliger Akt. Vielmehr schließt sich an den einmaligen Akt des revolutionären Ereignisses — die Eroberung der politischen Macht — eine ganze Periode der revolutionären Umwälzung der kapitalistischen Gesellschaft in das sozialistische System durch eine Vielzahl von komplizierten Maßnahmen auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens an.

Reformen können an die Revolution heranhelfen, wenn sie dem sozialistischen Ziel untergeordnet sind, im Kampfe durchgesetzt werden, sich nicht auf ökonomische Fragen beschränken, sondern alle Erscheinungen des sozialen und politischen Lebens erfassen, mit einer Änderung des Kräfteverhältnisses zugunsten der revolutionären Klasse, ihres Bewußtseins und ihrer Kampfbereitschaft verbunden sind und zur Entfaltung und Erweiterung ihres Klassenkampfes benutzt werden. Unter diesen Voraussetzungen sind Reformen Schritte auf dem Wege zur Revolution. Es ist also wichtig, den grundsätzlichen Doppelcharakter von Reformen zu erkennen. Reformen und Revolution stellen eine dialektische Einheit dar, sie bedingen sich gegenseitig und schließen aber auch einander aus.

Sie bedingen sich gegenseitig, weil das Ziel der Revolution nur auf dem Wege dorthin erreicht werden kann. Andererseits schließen sie einander aus, weil eine noch so große Zahl von Reformen — natürlich Reformen unter den geschichtlichen Bedingungen — nicht die Revolution ersetzen kann. Sie können zwar das Kräfteverhältnis zwischen den verschiedenen Klassen ändern, aber nicht die politische Macht der einen Klasse durch die politische Macht der anderen Klasse ersetzen und damit das System beseitigen. Reformen können Hebel zur Macht sein,

stellen aber noch nicht die Macht selbst dar. Bei allen Reformen bleibt die Klassenherrschaft als solche, das System, erhalten. Nur die Revolution ist der entscheidende Schritt zur Überwindung des Systems, der Umschlag von der Quantität in die Qualität. Dieser Schritt ist untrennbar mit der Eroberung der politischen Macht verbunden.

In einem selbstverständlich vereinfachten und nicht alle Gesichtspunkte berücksichtigenden Vergleich könnte man sagen, daß Reform und Revolution in demselben Verhältnis zueinander stehen wie Weg und Ziel. Die Rechtsopportunisten wollen das System allein mit Reformen ändern, verzichten dabei auf die Revolution und damit auf die Beseitigung des Systems. Indem sie Reform und Revolution undialektisch entgegensetzen, sie einander ausschließen, sehen sie nicht die andere Seite ihres dialektischen Zusammenhanges der wechselseitigen Bedingtheit.

Die „Links“opportunisten begehen im Grunde genau den gleichen Fehler, nur mit einer formalen Negation. Auch sie stellen Reform und Revolution undialektisch gegenüber, indem sie Reformen ablehnen und gleich die Revolution wollen. Während die rechten Opportunisten den reformerischen Weg verabsolutieren und das revolutionäre Ziel in die unendliche Ferne verschieben, wird von ihren formalen „linken“ Gegnern das revolutionäre Ziel verabsolutiert, aber kein Weg zu ihm hin gezeigt, also ebenfalls unerreichbar gemacht. Wer jedoch den Weg nicht gehen will, kann auch das Ziel nicht erreichen.

Die Ultra„linken“ verzichten auf jede wirkliche Änderung des Kräfteverhältnisses, die Erringung von besseren Positionen für die Arbeiterklasse in dem Zeitraum vor der Revolution, auf den Klassenkampf um Reformen, auf jede tatsächliche Mobilisierung der Massen und damit auf die Entwicklung des subjektiven Faktors für eine revolutionäre Umwälzung. Dies läuft darauf hinaus, auf die revolutionäre Situation zu warten, eine unüberwindliche Kluft zwischen der monopol-

kapitalistischen Gegenwart und der sozialistischen Zukunft zu errichten.

Nur im konkreten Kampf um Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt aber können die Massen gewonnen werden, die im Laufe dieses Kampfes auf sozialistische Positionen übergehen. Ein Vorwärtsschreiten zur sozialistischen Umwälzung ist nur möglich, wenn jeweils der nächste Schritt tatsächlich vollzogen wird. Alles andere ist in Wirklichkeit reaktionäre Politik mit pseudorevolutionärem Vokabular.

Während von den Ultra„linken“ früher die Arbeiterklasse als revolutionäres Subjekt abgeschrieben wurde, nehmen sie heute die Abschreibung in etwas modifizierter Weise vor und erklären die bestehende Arbeiterbewegung, die bestehenden kommunistischen Parteien — in den kapitalistischen Ländern und dort, wo sie die Macht haben — und den realen Sozialismus zu ihrem Gegner. Sie entwickeln Modelle für neue, eigene kommunistische Parteien und für den Sozialismus. Sie beanspruchen neuerdings ihre elitäre Rolle auf diese Weise.

Die soziale Wurzel für diese Erscheinungen muß darin gesucht werden, daß die meisten und vor allem die führenden Vertreter der Ultra„linken“ nicht oder noch nicht lange in der Produktion stehen und deshalb die Widersprüche des Kapitalismus auf Grund ihrer besonderen sozialen Lage nicht ökonomisch empfinden. Auf sie wirken Konflikte ein, die nicht direkt mit dem Klassengegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat zusammenhängen. Sie sind nicht unmittelbar auf der Basis der kapitalistischen Ausbeutung im Betrieb an der Praxis des Klassenkampfes beteiligt. Der Überbau wird zum Ausgangspunkt genommen und von daher zur Basis übergegangen.

Bei dem Verhältnis von Reform und Revolution haben wir es mit einer Grundfrage der Strategie und Taktik in unserem Kampf um gesellschaftlichen Fortschritt und für den Sozialismus zu tun und sollten uns deshalb wie unsere Klassiker Marx, Engels und Lenin um größte Klarheit der Begriffe bemühen. Unklare Begriffe können zu unklarem Denken und zu falschem Handeln führen. Wir sollten daher den Begriff „systemüberwindende“ Reformen aus unserem Wortschatz streichen, weil es solche Reformen nicht gibt.

(Zur Frage Reform und Revolution siehe auch: Marx/Engels: Werke, Bd. 4, S. 492, Bd. 36, S. 589; W. I. Lenin: Werke, Bd. 5, S. 66/67, Bd. 5, S. 418/419, Bd. 6, S. 161, Bd. 6, S. 450, Bd. 11, S. 14, Bd. 11, S. 57/58, Bd. 12, S. 230, Bd. 15, S. 444, Bd. 19, S. 363/364, Bd. 21, S. 415/416, Bd. 23, S. 14, Bd. 23, S. 15, Bd. 23, S. 97/98, Bd. 23, S. 158, Bd. 23, S. 197, Bd. 23, S. 230, Bd. 31, S. 91.)

Egon Rapp

# Regierung Heath unter Druck

## Zu Ursachen und Zielen der Streikkämpfe in England NACHRICHTEN-Interview mit Bert Ramelson, London

Auf der wissenschaftlichen Tagung des IMSF zum Thema „Ökonomische Theorie — politische Strategie und Gewerkschaften“ (siehe auch: „Zugkräftiger Marxismus“) wurde die Rede des britischen Arbeiterführers Bert Ramelson mit besonderem Interesse aufgenommen. Ramelson gab eine ausführliche Darstellung von Umfang, Ursache und Zielsetzung der Kämpfe der britischen Arbeiterklasse und ihrer Gewerkschaften — Kämpfe, die vor allem in den letzten Jahren enorm angewachsen sind. Ramelson ist Mitglied des Politbüros der Kommunistischen Partei Großbritanniens und genießt in der Arbeiterschaft und unter Gewerkschaftern großes Vertrauen. Die Springer-Zeitung „Die Welt“ schrieb im Januar über Ramelson, sein Einfluß sei so groß, daß „ein Wort“ von ihm genüge, um ganze Industriezweige stillzulegen. Bert Ramelson war so freundlich, NACHRICHTEN ein paar Fragen zu beantworten.

**NACHRICHTEN:** Der Kampf der britischen Arbeiterschaft zur Vertretung ihrer Interessen gegenüber dem Kapital hat in letzter Zeit Ausmaße angenommen, wie wohl selten zuvor in Großbritannien. Auch die westdeutschen Kapitalisten leben in der Furcht, es könnte, wie sie es haßerfüllt nennen, die „englische Krankheit“ über sie kommen. Welchen Charakter trugen alle diese Kämpfe, worum ging es?

**B. Ramelson:** Tatsächlich, diese Kämpfe unserer Arbeiter und Gewerkschafter waren von Art und Ausmaß, wie das in der ganzen Geschichte der britischen Gewerkschaftsbewegung bisher nicht der Fall war. In der Hauptsache handelte und handelt es sich dabei um Lohnkämpfe, aber es ging nicht nur um bestimmte Lohnerhöhungen; es waren Kämpfe von einer politisch weit größeren Bedeutung, Kämpfe, die sich gegen die Einkommenspolitik, d. h. gegen die staatliche Einmischung in die Tarifverhandlungen richteten. Zweitens ging es um die Erhaltung der Unabhängigkeit und Rechte der Gewerkschaften, d. h. gegen die Versuche der Regierung, Gesetze einzuführen, die die Unabhängigkeit und die Rechte der Gewerkschaften einschränken, wenn nicht völlig untergraben sollen. Dies gilt ebenso für die Pläne der Labour-Regierung von 1969 wie für die der gegenwärtigen konservativen Regierung, die ein neues Antigewerkschaftsgesetz eingebracht hat. Drittens handelt es sich bei den Auseinandersetzungen um einen ständigen und hartnäckigen Kampf um die Sicherung bereits errungener Rechte und um ihre Erweiterung, wo immer möglich, auf dem Gebiet der unmittelbaren Arbeitsbedingungen. Im Verlauf dieser Kämpfe hat eine bemerkenswerte Radikalisierung der organisierten Arbeiterbewegung den Charakter der Kämpfe stimuliert, so daß sie politische Züge anzunehmen begannen.

**NACHRICHTEN:** Woraus schließen Sie das?

**B. Ramelson:** Als ein allgemein akzeptiertes Kriterium für den kämpferi-

schen Charakter einer solchen Bewegung gilt die Zahl der Streiks und ihre Dauer. Die offizielle Ziffer für Streiks und verlorene Arbeitstage infolge von Streiks ist in den letzten fünf Jahren jährlich gestiegen und erreichte 1970 die Rekordzahl von 11 Millionen Streiktagen, und in den ersten drei Monaten dieses Jahres beträgt sie bereits mehr als 6 Millionen.

Ein weiteres Merkmal ist der Grad, in dem es gelungen ist, Veränderungen in der Politik der organisierten Gewerkschaftsbewegung durchzusetzen. Schon zwei Jahre nacheinander haben die Gewerkschaftskongresse gegen den Rat der rechten Führer eine Plattform beschlossen, die auf radikale Alternativen sowohl auf dem Gebiet der Innen- wie der Außenpolitik hinausläuft. Sie haben Programme beschlossen, die der Politik der Wilson-Regierung diametral entgegengesetzt waren, und die im großen und ganzen vom linken Flügel der Bewegung befürwortet wurden und deren Pionier die Kommunistische Partei war. Aber von größerer Bedeutung ist, daß im Verlaufe dieser Kämpfe die harte Erfahrung gemacht wurde, daß es lebensnotwendig ist, eine andere Führung zu erkämpfen und daß der Erfolg des Kampfes für Alternativen wesentlich von der Einheit der linken Kräfte — der Kommunisten und Nichtkommunisten — abhängt.

Eine Folge war die Herausbildung neuer linker Führungen in einigen der wichtigsten Gewerkschaften, und zum ersten Male auch die Wahl einer beträchtlichen linken Minderheit im Generalrat der Gewerkschaften selbst. Das hat seinerseits den Kampf in bemerkenswerter Weise vorangebracht. Während noch vor drei bis vier Jahren 95 Prozent aller Streiks nicht-offizielle Streiks waren, also ohne Zustimmung der Gewerkschaften geführt wurden, sind in der jüngsten Periode die meisten der Streiks offiziell von den Gewerkschaften ausgerufen worden und von ihnen geführt.

**NACHRICHTEN:** Wie kam es überhaupt zu dem hohen Anteil „wilder“

Streiks, wie bei uns die bürgerliche Propaganda die von den Gewerkschaften nicht genehmigten Streiks diffamiert?

**B. Ramelson:** Seit dem Ende des Krieges haben sich die verschiedenen Regierungen immer wieder bemüht, zu verhindern, daß die Löhne weiterhin auf dem traditionellen Wege der Tarifverhandlungen zustandekommen, die zugleich das jeweilige Gewicht der Klassenkräfte — Gewerkschaften und Unternehmer — widerspiegeln. Unter Verhandlungen schließe ich natürlich auch die Drohung und Anwendung von Streiks ein, um ein zufriedenstellendes Verhandlungsergebnis herbeizuführen. Die Anstrengungen, die Löhne unter das Niveau zu drücken, das durch Verhandlungen erreichbar war, wurden mit zwei Faktoren begründet:

Erstens hatte der britische Imperialismus seine Wettbewerbssituation auf dem Weltmarkt eingebüßt und versuchte, sie auf Kosten der Lebenshaltung der Arbeiterklasse wiederherzustellen. Zweitens war die Arbeiterklasse nach dem Kriege stärker und die Gewerkschaftsbewegung kämpferischer. Daher griff der Staat offen auf der Seite der Unternehmer ein, um zu verhindern, daß die Gewerkschaften ihre volle Stärke in die Waagschale der Lohnauseinandersetzungen warfen.

Die rechten Führungen der Gewerkschaften gingen bis vor kurzem mit den verschiedenen Regierungen diesen Weg gemeinsam und stimmten den entsprechenden Vorschlägen zur Niederhaltung der Löhne zu, ja sie unterzeichneten nationale Abkommen auf der Linie der sogenannten „Einkommenspolitik“. Aber die kämpferprobtesten Arbeiter in den Betrieben lehnten das in der Praxis ab und nutzten ihre Stärke im Unternehmen, um weit höhere betriebliche Tarife durchzusetzen als in den nationalen Tarifabkommen.

Diese Kämpfe, die Hunderttausende von Arbeitern in kurzen und scharfen Lohnauseinandersetzungen erfaßten, führten nicht nur zu ökonomischen Vorteilen für diese Arbeiter, sondern hatten auch außerordentlich starke Rückwirkungen auf die Entwicklung der gesamten Bewegung. Es waren hauptsächlich diese Kämpfe, die zu einer Stärkung der Shop-Stewards-Bewegung („Geschäftsführer“ für konkrete Kampffaktionen) führten, wobei die Arbeiter mehr in den Shop-Stewards als in den Gewerkschaftsführern die Vertretung der Gewerkschaften sahen.

Damals, als 95 Prozent aller Streiks „nicht-offiziell“ waren, und im Ergebnis der gewachsenen Stärke der Shop-Stewards und ihrer Aktivität, wuchs die Kampfbereitschaft nicht nur im ökonomischen Bereich, sondern auch für mehr innergewerkschaftliche Demokratie und für betriebliche demo-

kratische Rechte gegen das Management. 1968 hatte diese Bewegung ein Niveau erreicht, auf dem in den Gewerkschaften offiziell eine Änderung ihrer Politik und die Ablehnung der staatlichen Einkommenspolitik erzielt werden konnte. Das Resultat waren die jüngsten Lohnkämpfe.

**NACHRICHTEN:** Die konservative Regierung Heath hat Ende 1970 ein gewerkschaftsfeindliches Gesetz vorgelegt, das noch in diesem Jahr Rechtskraft erlangen soll und von den Gewerkschaften — Millionen streikten in den letzten Wochen dagegen — scharf abgelehnt wird. Worauf zielt das Gesetz?

**B. Ramelson:** Das sogenannte „Gesetz über industrielle Beziehungen“ der Tory-Regierung ist ein eminent politisches Gesetz. Das Anwachsen der Mitgliederzahlen, der Kampfbereitschaft und die Stärkung der linken Kräfte in den Führungen der Gewerkschaften wird von der konservativen Regierung als Haupthindernis für die Durchsetzung ihrer ganzen Strategie einer Wiederbelebung des britischen Imperialismus angesehen. Das Ziel des Gesetzes ist die Untergrabung der Gewerkschaftsbewegung und der Versuch, sie des Rechts zu berauben, effektive industrielle Kämpfe zu führen sowie die Gewerkschaften in das „Establishment“ zu integrieren.

Die Hauptpunkte sind: 1. Die Gewerkschaften sollen des Rechts beraubt werden, ihr eigenes Statut zu bestimmen. Ein vom Staate ernannter Beamter soll ein Modell-Statut festlegen, das alle Gewerkschaften akzeptieren müssen, wenn sie das gesetzliche Recht haben wollen, als Gewerkschaften zu fungieren. 2. Das Streikrecht oder das Recht, auf irgendeine Art in den Produktionsprozeß einzugreifen — etwa durch „Arbeit nach Vorschrift“, „Langsamarbeiten“ oder Ablehnung von Überstunden wird äußerst eingeschränkt. Alle „inoffiziellen“ Streiks werden für illegal erklärt. Und sogar offizielle Streiks für Wiedereinstellungen oder aus Solidarität mit anderen Arbeitern oder für eine vollgewerkschaftliche Organisation in den Betrieben (die sog. closed shops) oder gegen eine dritte Partei, d.h. ein politischer Proteststreik, oder ein Streik im Ergebnis einer Auseinandersetzung unter verschiedenen Gewerkschaften sollen ungesetzlich sein. Und jeder Streik, der die Wirtschaft „gefährdet“, kann durch die Regierung verzögert werden, die nach einer sogenannten „Abkühlungsperiode“ von über drei Monaten eine geheime Abstimmung anordnen kann.

Das sind beispiellose Einschränkungen, und wenn sie strikt durchgeführt werden, würden sie die Gewerkschaften zur Ohnmacht verurteilen. Darum wird der Kampf gegen dieses gewerkschaftsfeindliche Gesetz weitergeführt werden.

# Zugkräftiger Marxismus

**Wissenschaftliche Tagung mit 1400 Teilnehmern  
Es ging auch um den Standort der Gewerkschaften**

Die „Marxtöter“ jeglicher Spielart, die den Marxismus schon wiederholt als „überlebt“ totgesagt haben, aber dennoch fortwährend damit beschäftigt sind, ihn in die „Mottenkiste“ der Geschichte zu verbannen — alle diese Leute mögen etwas schockiert gewesen sein, als sie kürzlich von der größten gesellschaftswissenschaftlichen Veranstaltung erfuhren, die in der Bundesrepublik je stattgefunden hat: die wissenschaftliche Tagung des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) am 17. und 18. April 1971 in Frankfurt/Main zum Thema: „Ökonomische Theorie — politische Strategie und Gewerkschaften“. Teilnehmerzahl: 1400.

Wie die Veranstalter berichteten, mußte weiteren 300 Interessierten, obgleich sie die Teilnehmergebühr schon entrichtet hatten, wegen Raummangels abgesagt werden. Einen derartigen Ansturm zu einer marxistisch-theoretischen Konferenz hatten selbst die Veranstalter nicht erwartet. Prof. Dr. Josef Schleifstein, Direktor des IMSF und Mitglied des Parteivorstandes der DKP, stellte treffend fest, daß offenkundig nur der Marxismus-Leninismus die nötige Anziehungs- und Ausstrahlungskraft besitze, um in der Bundesrepublik eine derartige gesellschaftswissenschaftliche Tagung durchzuführen.

In drei Hauptreferaten wurden folgende Themen abgehandelt: „Neoreformistische Theorien und einige Probleme der Strategie der Arbeiterbewegung“ (Prof. Dr. Schleifstein, IMSF), „Monopoltheorie und Kapitalismuskritik“ (Prof. Dr. Heß, Berlin/DDR), „Marxistische Klassentheorie und Ideologie der ‚neuen‘ Arbeiterklasse“ (Dr. Jung, IMSF). Im Plenum und in drei Arbeitsgemeinschaften wurden anschließend die aufgeworfenen Fragen und Thesen diskutiert. Es entwickelte sich eine bemerkenswert lebhaft, teils auch kontroverse, aber immer sachliche Diskussion. Die Teilnehmer — Arbeiter, Angestellte, Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre, Studenten zahlreicher Hochschulen, Wissenschaftler, Kommunisten, Sozialdemokraten, Jungsozialisten und andere — sorgten fast immer für eine praxisnahe Erörterung der Probleme.

Bei der gegebenen Themenstellung spielten Fragen der marxistischen Theorie, der marxistischen Partei und ihrer Strategie im Kampf gegen das Monopolkapital, das Verhältnis zur Arbeiterbewegung und speziell ihrer Gewerkschaften eine zentrale Rolle. In diesem Zusammenhang wurden Fragen des Verhältnisses zwischen dem Kampf um sozialökonomische Teil- und Tagesinteressen und dem politischen Kampf zur Überwindung des Systems diskutiert.

Einen kontroversen Punkt ergab die Frage, mit welchen taktischen und strategischen Mitteln Strömungen in den Gewerkschaften überwunden wer-

den können, die auf die sozialpartnerschaftliche Einbeziehung der Arbeiter und Angestellten als Stütze des spät-kapitalistischen Systems in der Bundesrepublik zielen. Die in einigen Diskussionsbeiträgen zum Ausdruck gekommene Geringschätzung des ökonomischen Kampfes der Arbeiterklasse durch Vertreter ultra-„linker“ Gruppen wurde von der großen Mehrheit der Diskussionsredner zurückgewiesen. Vor allem die Teilnehmer aus den Betrieben betonten die Bedeutung dieser Seite des Kampfes für die allseitige Interessenvertretung der Lohnabhängigen und als Ansatzpunkte für die Entwicklung einer allgemeinen Bewegung zur Überwindung des staatsmonopolistischen Systems und den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaftsordnung.

Die Frankfurter Konferenz des IMSF erbrachte den Nachweis, daß eine konsequente Durchsetzung der sozialen, politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Interessen der Arbeiterklasse die Orientierung auf die marxistisch-leninistische Gesellschaftswissenschaft und Arbeiterbewegung erfordert. Für eine fortschrittliche Lösung dringender Probleme kommt man um das Gedankengut, um Lösungsvorstellungen und -konzeptionen der marxistischen Kräfte in der Bundesrepublik nicht herum.

Für diese Auffassung spricht ohne Zweifel auch die starke Teilnahme unterschiedlicher Kräfte und Gruppierungen an der Konferenz. Auffallend war die Teilnahme und das progressive Auftreten zahlreicher Mitglieder der SPD, der Jungsozialisten und sozialdemokratisch orientierter Gewerkschafter. Sie alle haben auf diese Weise den Anachronismus und für den Kampf der Arbeiterklasse schädlichen Charakter der Antikommunismusbeschlüsse des SPD-Parteirates unterstrichen und ihre Bereitschaft dokumentiert, das Notwendige und Vernünftige zu tun: mit den Kommunisten und allen ernsthaften marxistischen Kräften zusammenzuarbeiten.

Man darf auf die vom IMSF angekündigte Herausgabe eines Buches mit einer Auswahl von Reden und Diskussionsbeiträgen gespannt sein. G. S.

Die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung sind offensichtlich der Meinung, die Gewerkschaften seien der Bundesregierung gegenüber zur besonderen Loyalität verpflichtet. Und es scheint so, als teilten manche Gewerkschaftsfunktionäre, besonders in den oberen Rängen, diese Meinung. Der Verzicht auf ernsthaftige Kritik an der Regierungspolitik und das offensichtliche Wohlwollen, das dem Bundeskanzler und seinen Ministern entgegengebracht wird, muß die Auffassung unterstützen, die Gewerkschaften seien den Sozialdemokraten in der Regierung besonders verpflichtet.

Von dieser Voraussetzung ist zweifellos auch der Bundesverteidigungsminister Helmut Schmidt ausgegangen, als er, ohne Auftrag und ohne Absprache mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund, ein Gespräch mit dem Vorsitzenden der AFL/CIO (Dachverband eines Teiles der US-Gewerkschaften) in New York führte. Der Besuch Helmut Schmidts sollte dazu führen, die Verstimmungen zwischen dem AFL/CIO und dem DGB abzubauen. Bekanntlich ist der AFL/CIO auf Betreiben des militanten Antikommunisten Meany aus dem IBFG ausgeschieden, weil ihm die Ostkontakte zwischen dem DGB und einigen Gewerkschaftsbünden in den sozialistischen Ländern nicht gefallen. Helmut Schmidt hielt es dann für nötig, vor Journalisten zu erklären, daß die Kritik Meany an den Kontakten des DGB mit sowjetischen und osteuropäischen Gewerkschaften ihre Berechtigung habe.

Verständlicherweise ist die DGB-Führung über das Vorgehen Helmut Schmidts, das man nun nicht mehr mit Arroganz und Überheblichkeit entschuldigen kann, erobert. Der DGB wird, wie aus der Presseabteilung bekannt wurde, Helmut Schmidt zu einer Stellungnahme auffordern, da der DGB-Bundesvorstand weder über eine Intervention bei Meany informiert worden sei, noch die Absicht habe, Meany zu einem Gespräch aufzusuchen. Die westdeutschen Gewerkschaften, heißt es in der Erklärung, seien keine Staatsgewerkschaften, die Aufträge von einem Minister entgegennehmen oder einen Minister beauftragten, bei Meany für „gut Wetter“ zu sorgen.

Nicht weniger scharf reagierte die IG Metall, die die Aktion Schmidts einen unverständlichen Vorgang nannte: Die Gewerkschaften ließen sich ihre Ostpolitik nicht durch amerikanischen Druck bestimmen. Der DGB-Bundesvorsitzende Vetter erklärte in diesem Zusammenhang noch, daß er nicht beabsichtige, Bundeskanzler Brandt im Juni nach Washington zu begleiten, und eine Begegnung mit dem Präsidenten des US-Gewerkschaftsbundes sei nicht geplant.

H. S.

## Sowjetunion — der Mensch im Mittelpunkt KPdSU-Parteitag zu den Gewerkschaften

Der 9. Fünfjahrplan, dessen Hauptinhalt auf dem XXIV. Parteitag der KPdSU beschlossen wurde, wird in der Geschichte der Sowjetunion eine qualitativ neuartige Entwicklung durchsetzen. Die materiell-technische Basis und die Wirtschaftsorganisation der sozialistischen Gesellschaft dieser Weltmacht haben ein solches Ausmaß und hohes Niveau erreicht, daß die Hauptaufgabe der KPdSU, „die maximale Befriedigung der materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Menschen, das höchste Ziel der gesellschaftlichen Produktion im Sozialismus“, jetzt als reale Möglichkeit und als Notwendigkeit auf der Tagesordnung steht. Leonid Breschnew sagte dazu, „daß dieser Kurs unsere Tätigkeit nicht nur in den vor uns stehenden fünf Jahren bestimmen wird, sondern die allgemeine Orientierung für die wirtschaftliche Entwicklung der Sowjetunion für eine weit gestreckte Perspektive ist“.

Im Mittelpunkt aller Pläne steht der Mensch, dessen schöpferische Arbeit die Hauptproduktivkraft der Gesellschaft ist. Hohe Fachkenntnisse, berufliche Qualifikationen und allgemeine kulturelle Bildung der Arbeiter sind zur unabdingbaren Voraussetzung der allseitigen Entfaltung der gesellschaftlichen Produktion, der Quelle eines großen Reichtums der Sowjetgesellschaft geworden, die auf dem Wege ist, den Kommunismus aufzubauen.

Wenn es darum geht, den Arbeiter als Menschen, als Persönlichkeit, die Arbeiterklasse als führende Hauptkraft der Gesellschaft zu entwickeln und ihre Funktionen in der Gesellschaft weiter zu entfalten, so bekommen die Gewerkschaften, das wurde auf dem Parteitag betont, eine noch größere Bedeutung. Das ist auch ganz natürlich. Geht es doch um den gesellschaftlich-effektivsten Einsatz und die Verwaltung gewaltiger Mittel.

Das Nationaleinkommen der Sowjetunion betrug z. B. im Verlaufe des 8. Fünfjahrplanes 1 Billion 166 Milliarden Rubel (in DM x 4). Im 9. Fünfjahrplan ist vorgesehen, das Nationaleinkommen um 37 bis 40 Prozent zu steigern, den Konsumanteil, der im 8. Fünfjahrplan etwa 75 Prozent betrug, absolut um 40 Prozent zu heben, die Industrieproduktion um 42 bis 46 Prozent und die landwirtschaftlichen Erzeugnisse um 20 bis 22 Prozent zu erhöhen.

Die Realeinkommen der Bevölkerung des Riesenlandes werden in den nächsten fünf Jahren um etwa ein Drittel verbessert. Wenn man bedenkt, daß das Kernstück der sozialistischen Gesellschaft die Planwirtschaft ist, wird sofort klar, daß nur durch die schöpferische Anteilnahme der Millionen Arbeiter, Bauern und der Angehörigen der Intelligenz alle diese Pläne durchgeführt werden können. Hier tritt das Wesen der sozialistischen Demokratie zutage, d. h. die tatsächliche Mitentscheidung, Mitverwaltung, Organisation der Produktion, der Wirtschaft, des gesamten gesellschaftlichen und politischen Lebens durch die Werktätigen.

Die Gewerkschaften mit ihren 93 Millionen Mitgliedern, d. h. fast der gesamten Arbeiterklasse, der werktätigen Intelligenz und zahlreichen Gruppen von Arbeitern in der Landwirtschaft, sind geeignet und berufen, diese sozialistische Demokratie zu praktizieren. Sie sind ein äußerst wichtiges Glied im Gesamtsystem der sozialistischen Demokratie, in der Einbeziehung der Werktätigen in die Leitung der staatlichen und gesellschaftlichen Angelegenheiten.

Es wäre natürlich naiv anzunehmen, die wahrhaft gigantische Arbeit der Planwirtschaft von der Ostsee bis zum Stillen Ozean ginge ohne Reibungen, Schwächen und Konflikte ab. Gerade aber die Gewerkschaften, die sich um „die Befriedigung der sozialen und kulturellen Bedürfnisse der Werktätigen und deren Gesundheit“ speziell zu kümmern haben, sind verantwortlich im Gesamtprozeß des Vorwärtsschreitens zum Kommunismus für den „Schutz der legitimen Interessen der Werktätigen“.

Leonid Breschnew erwähnte u. a. ausdrücklich: „Es ist z. B. kein Geheimnis, daß es bei uns noch Betriebe gibt, in denen Überstunden zur Gewohnheit geworden sind, die Menschen ohne zwingenden Grund auf freie Tage verzichten müssen, daß es hier und da schlecht um den Arbeitsschutz steht. Die Gewerkschaften können vieles für die Beseitigung unnormaler Erscheinungen dieser Art tun.“

Die Rolle der Gewerkschaften im Sozialismus nimmt also nicht ab, sondern zu. Ihnen obliegt es, die ganze Masse der Arbeiter in die bewußte gesellschaftliche Arbeit, die tatsächliche Leitung und Verwaltung der Produktion, der Wirtschaft, des kulturellen Lebens einzubeziehen, die sozialistische Demokratie zu entfalten, die Arbeiter in die Lage zu versetzen, praktisch die Macht in Staat und Gesellschaft ausüben zu können. Ihnen obliegt es, darüber hinaus den Schutz der allseitigen Arbeiterinteressen im Rahmen der sozialistischen Planwirtschaft wahrzunehmen.

jol

# Zusammenarbeit notwendig

## Der Kapitalkonzentration im Bereich der EWG muß Gewerkschaftseinheit entgegengesetzt werden

Im Prozeß der wirtschaftlichen Entwicklung der EWG haben sich mächtige Kapitalverbindungen innerhalb der Sechsergemeinschaft über die nationalen Grenzen hinaus gebildet. Diese multinationale Kapitalkonzentration im EWG-Bereich geht unaufhaltsam weiter; das ist einem Bericht zu entnehmen, den die Kommission der Europäischen Gemeinschaft vor einiger Zeit veröffentlicht hat.

Finanzkraft und technisches Potential der multinationalen Großunternehmen wachsen mit steigender Geschwindigkeit, und im Verlauf dieses Prozesses entziehen sich die Konzerne und Monopole immer mehr der Kontrolle durch die nationale Wirtschaftspolitik der einzelnen Staaten. Die Anwendung des technischen Fortschritts, wie auch die Investitions- und Produktionsprogramme der multinationalen Konzerne, dient allein der Profitmaximierung. Diese internationale Verflechtung von Industriekonzernen und Banken hat, so erklärte der DGB-Vorsitzende H. O. Vetter, in Westeuropa die Mehrheit der Bevölkerung in die wirtschaftliche und politische Abhängigkeit der multinationalen Konzerne geführt.

Die Entwicklung in der EWG zeigt weiter sehr deutlich, daß die internationale Verflechtung der Konzerne die Widersprüche der monopolkapitalistischen Wirtschaftsordnung nicht aufheben, ja nicht einmal mildern kann. Der Konkurrenzkampf der Konzerne untereinander um den politischen Einfluß auf die Organisation der EWG und um den Marktanteil, hält auch in der Wirtschaftsgemeinschaft unvermindert an und wird nach wie vor auf dem Rücken der Arbeiterschaft ausgeübt.

Es ist ein Zeichen wachsender, gewerkschaftspolitisch zutreffender Erkenntnisse, wenn der DGB-Vorsitzende Vetter, nicht zuletzt in seiner Eigenschaft als Präsident des Europäischen Gewerkschaftsbundes im Internationalen Bund Freier Gewerkschaften, feststellt, daß die EWG, wie auch die Montan-Union und Eurotom, sich bisher lediglich als „geeigneter Rahmen für Unternehmenskonzentration“ erwiesen haben und darum der Kapitalkonzentration eine Konzentration gewerkschaftlicher Gegenmacht gegenübergestellt werden muß.

Dabei verschließen sich der DGB und auch eine Reihe der ihm angeschlossenen Gewerkschaften nicht der Notwendigkeit, die ideologischen Schranken zwischen den europäischen Gewerkschaften, die dem Bund Freier Gewerkschaften und dem Weltgewerkschaftsbund angehören, zu überwinden. Die Bereitschaft zu einer Zusammenarbeit mit den in Italien und Frankreich größten Gewerkschaftsbünden, CGIL und CGT, und dem DGB

findet immer mehr Zustimmung. Die bisher strikte Ablehnung aller offiziellen Kontakte mit den „kommunistischen“ Gewerkschaften in Italien und Frankreich weicht der Einsicht in die Notwendigkeit, auf EWG-Ebene eine, wenn auch zunächst nur „gewisse“ Zusammenarbeit einzuleiten.

Unterstützt wird dieser Fortschritt von DGB-Gewerkschaften wie die IG Chemie - Papier - Keramik oder die IG Druck und Papier, die bereits seit mehreren Jahren Beziehungen, besonders im Bereich der Tarifpolitik, mit den CGT-Gewerkschaften unterhalten. Von dieser Seite wird auch darauf hingewiesen, daß im Präsidium der CGT heute mehr Sozialdemokraten als Kommunisten sitzen.

Auf der anderen Seite hat das Präsidium der CGT seine Bereitschaft zur offiziellen Zusammenarbeit mit dem DGB erklärt. Dabei ist das CGT-Präsidium davon ausgegangen, daß angesichts der multinationalen Unternehmen in Westeuropa ein gemeinsames Vorgehen der Gewerkschaften erforderlich ist. Politische und ideologische Differenzen sollen dabei nach den Vorstellungen der CGT gegenüber der praktischen Zusammenarbeit in den Hintergrund treten. Im Unterschied zur politischen Grundhaltung der Kommunistischen Partei in Italien bzw. Frankreich, die die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ablehnen, halten CGIL und CGT eine de-facto-Anerkennung der EWG für unvermeidlich, ohne ihren kritischen Standpunkt aufzugeben.

Widerstand gegen die Zusammenarbeit zwischen DGB und CGIL/CGT gibt es vor allem von den beiden Gewerkschaften in Italien und Frankreich, die dem IBFG angehören. Diese mit politischer und finanzieller Hilfe der US-Gewerkschaften aufgepäppelten und mit dem Geld des IBFG unterhaltenen Gewerkschaften, sind in den Gewerkschaftsbewegungen der beiden Länder ohne Bedeutung; und nach dem Stand der augenblicklichen Diskussion ist kaum zu erwarten, daß die westeuropäischen Gewerkschaften im IBFG so töricht sind, sich von dem abhalten zu lassen, was notwendigerweise für die Interessen der westeuropäischen Arbeiterschaft getan werden muß. Denn das würde im Widerspruch stehen zu dem, was der DGB-Vorsitzende H. O. Vetter im Zu-

sammenhang mit der Situation der Gewerkschaften gegenüber der EWG geschrieben hat, nämlich: „...daß die Gewerkschaften in Europa mehr als in der Vergangenheit aufgefordert sind, über ideologische Schranken hinweg den Dialog zu suchen.“ Man kann in diesem Zusammenhang allerdings nicht sagen, daß der DGB bereits nennenswerte Initiative entwickelt hätte.

sr

## Arbeitnehmeranteil am Volkseinkommen gesunken

In den zwei Jahrzehnten von 1950 bis 1970 ist die gesamtwirtschaftliche Lohnquote, gemessen als Anteil des Bruttoeinkommens aus unselbständiger Arbeit am Volkseinkommen, nach Angaben der amtlichen Statistik von 58,5 Prozent auf 67,5 Prozent gestiegen. Daraus folgt aber nicht, wie das Wirtschaftswissenschaftliche Institut der Gewerkschaften (WWI) betont, daß sich die Position der Arbeitnehmer im Rahmen der Einkommensverteilung verbessert hat.

Die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Lohnquote spiegelt nämlich nicht nur die Änderungen der Löhne und Gehälter wider, sondern auch den gleichzeitigen Wandel der Beschäftigungsstruktur. So ist der statistisch registrierte Anstieg der Lohnquote lediglich dadurch bedingt, daß von 1950 bis 1970 der Anteil der abhängig Beschäftigten an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen von 69 Prozent auf 82 Prozent zugenommen hat. Nach Ausschaltung der Struktureinflüsse, also unter der Annahme, daß sich die Beschäftigtenstruktur von 1950 bis 1970 nicht geändert hätte, errechnet sich für 1970 eine Lohnquote von 56,2 Prozent. Demnach ist der Anteil der Arbeitnehmer am Volkseinkommen im Jahre 1970 gegenüber 1950 sogar gesunken.

## GdED-Lob für NACHRICHTEN-Taschenbuch

*Die Zeitschrift der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands, „Der Deutsche Eisenbahner“ schrieb in ihrer Ausgabe vom 1. April 1971, Nr. 7, unter der Rubrik „Aus der Bibliothek des Gewerkschafters“: „Interessante Beiträge zur Frage der Gewerkschaftspolitik aus marxistischer Sicht sind in dem Taschenbuch „Lenin und Fragen der Gewerkschaftspolitik“ zusammengetragen. Die Nachrichten-Verlags-GmbH, 6 Frankfurt/Main 60, Friedberger Landstraße 307, gibt in dem 238seitigen Band Diskussionsbeiträge bedeutender marxistischer Politologen und Soziologen wieder. Zugrunde gelegt ist das Protokoll einer bereits Ende 1969 in Nürnberg abgehaltenen wissenschaftlichen Tagung.“*

- 20. bis 22. Mai  
Bundesjugendkonferenz der Deutschen Postgewerkschaft in Köln.
- 22. und 23. Mai  
Kongreß „Arbeiterjugend kontra Monopole“ in Recklinghausen
- 2. bis 5. Juni  
8. Delegiertentag der Rundfunk-Fernseh-Film-Union im DGB in Westberlin.
- 10. und 11. Juni  
7. Angestelltenkonferenz der IG Metall in Dortmund.
- 11. und 12. Juni  
Bundesfrauenkonferenz des DGB in Kassel.
- 24. bis 26. Juni  
Weltwirtschaftskonferenz der Gewerkschaften des IBFG in Genf.
- 26. September bis 2. Oktober  
10. Gewerkschaftstag der IG Metall in Wiesbaden.
- 30. September und 1. Oktober  
Außerordentlicher Gewerkschaftskongreß der IG Bergbau und Energie in Oberhausen.
- 3. bis 9. Oktober  
10. Kongreß der Deutschen Postgewerkschaft in Wiesbaden.
- 4. bis 8. Oktober  
11. Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Textil-Bekleidung in Dortmund.
- 10. bis 13. Oktober  
9. Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft in Bad Harzburg.
- 24. bis 30. Oktober  
9. Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier in Nürnberg.
- 11. und 12. November  
8. Deutscher Beamtentag des DGB in Bonn.
- 18. und 19. November  
8. Bundesjugendkonferenz des DGB in Dortmund.
- 25. bis 28. November  
Parteitag der Deutschen Kommunistischen Partei in Düsseldorf.

## Zu guter Letzt

Im Jahre 1970 wurden allein von der Bundesregierung 1,1 Milliarden DM an direkten Subventionen und 4,1 Milliarden DM in Form von Steuervergünstigungen zugunsten der gewerblichen Wirtschaft aufgewendet.

Eine sozusagen staatlich finanzierte „Vermögensbildung in Unternehmerhand“.

# „Arbeiter-Seminar '71“

Arbeiter-Seminar '71 (Eigentum, Mitbestimmung, Systemveränderung), 216 Seiten, glanzkartoniert, 6,— DM (ab 10 Stück Mengenrabatt); NACHRICHTEN-Verlags-GmbH., Frankfurt am Main, Friedberger Landstraße 307.

Mit einem gesellschaftspolitischen Seminar setzte der NACHRICHTEN-Verlag in Mannheim die Reihe seiner wissenschaftlichen Tagungen fort. Die vorhergegangene Veranstaltung fand bekanntlich in Nürnberg unter dem Thema „Lenin und Fragen der Gewerkschaftspolitik“ statt; ihr Ablauf fand einen Niederschlag in dem unter gleichem Titel im Verlag herausgegebenen Taschenbuch (Lenin und Fragen der Gewerkschaftspolitik, 238 Seiten, kartoniert, Preis DM 5,—).

Das Thema des Mannheimer Arbeiterseminars war weit gespannt und umfaßte alle wesentlichen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Probleme, die der Arbeiterschaft und ihren Gewerkschaften im spätkapitalistischen System der Bundesrepublik gestellt werden. Das mit dem Titel „Arbeiterseminar '71“ neu verlegte Taschenbuch enthält das auf dem Seminar gehaltene Referat von Dr. Heinz Jung, stellvertretender Direktor des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen sowie 23 aus dem Referat entwickelte Thesen. Dazu 20 Auszüge aus den wichtigsten Diskussionsbeiträgen, in denen die Teilaspekte des Gesamthemas „Eigentum — Mitbestimmung — Systemveränderung“ untersucht werden.

Das Taschenbuch ist aber mehr als nur ein Tagungsbericht. Allein das Grundsatzreferat von Dr. Heinz Jung vermittelt einen umfassenden Überblick über die aktuellen, in den Betrieben und Gewerkschaftsveranstaltungen diskutierten Probleme — von der Mitbestimmung über Vermögensbildung und Eigentum bis zum Verhältnis Gewerkschaften und Arbeiterklasse und den gewerkschaftlichen Tagesaufgaben.

Dr. Heinz Jung stellt in seinem Referat die Frage, ob die Forderung nach grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen mit dem Versuch, die Arbeiterklasse in den Staat zu integrieren und mit der Anerkennung der Unternehmerwirtschaft zu vereinbaren sei und beantwortet sie mit der Feststellung, daß Reformen lediglich dazu dienen, die Gegensätze im Spätkapitalismus zu glätten und damit zur Stabilisierung des bestehenden Systems beizutragen. Diese grundsätzliche Frage nach Veränderung unserer Gesellschaft fand in der nachfolgenden Diskussion große Beachtung.

Ist eine reale Mitbestimmung der Arbeiter und Angestellten in der Bundesrepublik ohne Veränderung der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse

möglich? — Welche Rolle spielt die sogenannte Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand für die Stabilisierung der spätkapitalistischen Herrschaftsform? — Sind unsere Gewerkschaften Klassenorganisationen, allein den Interessen der Arbeiterschaft verpflichtet? — Diese Fragen spielen in der Diskussion der Teilnehmer, die sich — neben einigen Gesellschaftswissenschaftlern — ausschließlich aus Betriebsratsmitgliedern, Vertrauensleuten und Gewerkschaftlern, zusammensetzten, eine bevorzugte Rolle. Dabei verdient besondere Beachtung die Tatsache, daß in dem Referat, wie auch in der Diskussion, Sachlichkeit vorherrschte und nicht abstrakt diskutiert wurde, sondern aktuell und bezogen auf die gewerkschaftlichen und politischen Aufgaben im Betrieb.

Die Neuerscheinung der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH „Arbeiterseminar '71“ ist eine gute Hilfe bei der Beantwortung der den Gewerkschaften gestellten Aufgaben in unserer Zeit. Daß diese Antworten, sollen sie zu treffend sein, nur aus marxistischen Erkenntnissen gewonnen werden können, lehren geschichtliche Erfahrungen: Zum Ausbeutersystem des Spätkapitalismus gibt es nur eine sozialistische Alternative und nur eine Kraft, sie zu verwirklichen: Die Einheit der Arbeiterklasse. Dr.Tu

## NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

Die NACHRICHTEN zur Wirtschafts- und Sozialpolitik erscheinen monatlich in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH mit vierteljährlicher Beilage „Informationen zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse“ (März, Juni, September, Dezember — nur für Abonnenten).

Büroausgeber: Josef Ledwohn, Essen; Heinz Gukrawka, Dinslaken; Heinz Seeger, Friedrichshafen.

Redaktionskollegium:  
Dr. Werner Petzchick, 6 Frankfurt/M., Friedberger Landstraße 307.  
Heinz Seeger, 799 Friedrichshafen, Erlenweg 31B.  
Berd Siebert, 206 Hamburg 60, Harnackring 3.

Verlags- und Redaktionsanschrift: 6 Frankfurt/M., Friedberger Landstraße 307; Telefon 33 37 91; Konto-Nr. 10-58029-0 Bank für Gemeinwirtschaft, Frankfurt/Main; Postcheckkonto: Frankfurt 305040.

Einzelpr. 1,00 DM; Jahresabonnement 14,— DM, einschließlich Zustellgebühr; Halbjahresabonnement 7,— DM.

Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Ersatzanspruch. Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

Druck: Plamback & Co., Neumünster



**NACHRICHTEN-Verlags-Gesellschaft mbH.**  
Frankfurt am Main